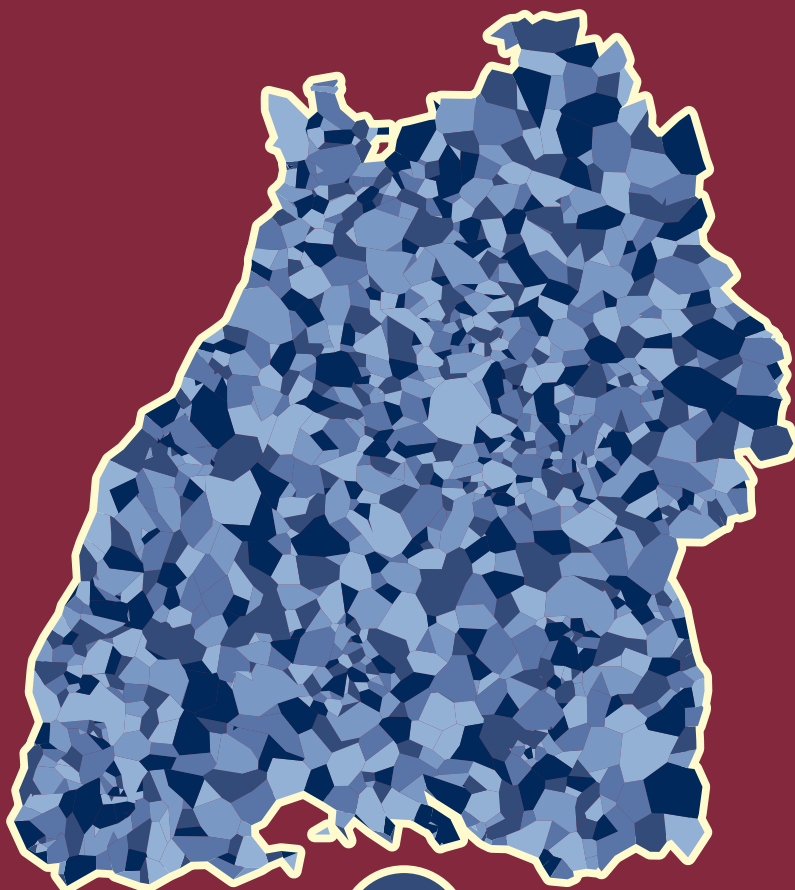




2020

Statistik Kommunal

Ohlsbach



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

317 097

Impressum

Statistik Kommunal 2020

Artikel-Nr. 8035 20001

Herausgeber und Vertrieb

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg,
Juli 2020

Redaktionsschluss: 1. Juni 2020

Preis

11 Euro zuzüglich Versandkosten

Ebenfalls erhältlich:

CD-ROM Gemeinde 51 Euro

CD-ROM Landkreis 199 Euro

CD-ROM Regierungsbezirk 499 Euro

Zu bestellen unter vertrieb@stala.bwl.de

© Statistisches Landesamt

Baden-Württemberg, Stuttgart, 2020

Sämtliche Veröffentlichungen sind Werke, Bearbeitungen oder Sammel- bzw. Datenbankwerke im Sinne des Urheberrechtsgesetzes und somit urheberrechtlich geschützt. Der Erwerb einer Veröffentlichung gestattet neben deren Verwendung die Vervielfältigung und Verbreitung – auch auszugsweise – in elektronischer Form sowie in gedruckten Veröffentlichungen mit Quellenangabe. Die Weiterverbreitung von kostenpflichtigen Produkten – speziell von Verzeichnissen – bedarf der vorherigen Zustimmung. Die Genehmigung ist einzuholen unter vertrieb@stala.bwl.de. Alle übrigen (Nutzungs-) Rechte bleiben vorbehalten. Für Thematische Karten gelten besondere Lizenzbedingungen.

Vertriebsbedingungen

Es gilt das deutsche Recht. Bei Zahlungsverzug werden Verzugszinsen gemäß § 288 Abs. 1 BGB und ggf. Mahnkosten sowie ein weitergehender Verzugschaden geltend gemacht. Skontoabzug ist unzulässig. Das Eigentum an Veröffentlichungen und Datenträgern bleibt bis zur vollständigen Zahlung des Kaufpreises vorbehalten. Vertragsgemäß gelieferte Datenträger werden nach Entsiegelung nicht zurückgenommen oder umgetauscht. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Stuttgart.

Autorinnen

Sabine Maurer, Andrea Jäger, Mara Mantinger

2020

Statistik Kommunal

Ohlsbach

Hinweis

Im Text farblich hervorgehobene Begriffe werden im Glossar ab Seite 26 näher erläutert.

Datenquellen und Fußnoten

... befinden sich gesammelt ab Seite 24.

Abkürzungen

%	–	Prozent
Einw.	–	Einwohner
EUR	–	Euro
ha	–	Hektar
m ²	–	Quadratmeter
km ²	–	Quadratkilometer
m ³	–	Kubikmeter
t	–	Tonnen
LF	–	Landwirtschaftlich genutzte Fläche
Mill.	–	Millionen
Mrd.	–	Milliarden

Zeichenerklärung

0	Mehr als nichts, jedoch weniger als die Hälfte der kleinsten verwendeten Einheit
–	Nichts vorhanden (genau null)
.	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
X	Tabellenfach gesperrt, da Aussage nicht sinnvoll
...	Angabe fällt später an

Abweichungen in den Summen erklären sich durch Runden der Zahlen

Einführung und Inhalt

Mit der neunten Auflage beginnt für unsere bewährte Querschnittsveröffentlichung „Statistik Kommunal“ ein neuer Rhythmus. Nach der Erstausgabe im Jahr 2004 und einer bisherigen zweijährlichen Erscheinungsweise wird die Broschüre nun auf vielfachen Wunsch jährlich angeboten. Damit übernimmt sie noch gezielter als bisher die Funktion des statistischen Jahrbuches für die 1 101 Gemeinden Baden-Württembergs.

Mit der jährlichen Veröffentlichung wechseln nun die vorgestellten Themenbereiche derart, dass immer nur jene Statistiken vorgestellt werden, über die auch neue Werte vorliegen. Im aktuellen Heft finden Sie wie gewohnt Zahlen und Entwicklungen zum Bevölkerungsstand, der Gebietsfläche, dem Bildungsbereich, dem Arbeitsmarkt und Wohnbau, den Gemeindefinanzen und zur Umwelt. Passend zum Wahljahr 2019 werden die Wahlergebnisse der Kommunal- und Europawahlen vorgestellt. Außerdem gibt es erstmals ein Kapitel zur Lohn- und Einkommensteuerstatistik sowie zur Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung.

Die Gemeinde-Ergebnisse werden wie bisher in übersichtlichen Tabellen, Schaubildern und Landeskarten präsentiert – überwiegend mit Daten aus dem Berichtsjahr 2018. Jedes der Kapitel wird mit einem knappen Text eingeleitet, der die entsprechenden themenbezogenen Landeswerte enthält. Damit sind sowohl Längs- als auch Quervergleiche möglich, die Ihnen bei der Einordnung der Ergebnisse der jeweiligen Gemeinde helfen. Bei einzelnen Gemeinden, insbesondere bei jenen mit niedrigen Bevölkerungszahlen, kann es vorkommen, dass einige Ergebnisse der statistischen Geheimhaltung unterliegen und nicht ausgewiesen werden können. Weitere kommunale Daten finden Sie auch über die in der Fußzeile jeden Kapitels platzierten Links zum Internetangebot des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg.

Gemeindedaten im Überblick	4
Übersichtskarte	6
Fläche	7
Bevölkerung	8
Ausländische Bevölkerung	10
Bildung	12
Beschäftigung und Arbeitsmarkt	13
Bauen	14
Wohnen	15
Wahlen	16
Gemeindefinanzen und Gemeindepersonal	18
Lohn- und Einkommensteuer	19
Wasserwirtschaft	20
Umwelt	21
Verkehr	22
Datenquellen und Fußnoten	24
Glossar	26

Gemeindedaten im Überblick ...

	Einheit	Gemeinde
Fläche		
Fläche insgesamt 2018	ha	1 114
Bevölkerung		
Bevölkerung Ende 2018	Anzahl	3 284
Geburtenüberschuss bzw. -defizit 2018	Anzahl	+ 1
Wanderungsgewinn bzw. -verlust 2018	Anzahl	+ 38
Bevölkerungszu-/abnahme 2018	Anzahl	+ 39
Wohnen		
Wohngebäude 2018	Anzahl	849
Wohnungen 2018 ¹⁾	Anzahl	1 494
Bildung²⁾		
Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen insgesamt 2018/2019	Anzahl	109
Schüler/-innen an Grund- und Werkreal-/Hauptschulen 2018/2019 ³⁾	Anzahl	109
Schüler/-innen an Realschulen 2018/2019	Anzahl	–
Schüler/-innen an Gymnasien 2018/2019	Anzahl	–
Schüler/-innen an Gemeinschaftsschulen – Sek. I/II 2018/2019	Anzahl	–
Übergänge auf weiterführende Schulen insgesamt 2019/2020	Anzahl	.
Beschäftigung und Arbeitsmarkt		
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2019	Anzahl	618
Pendlersaldo 2019	Anzahl	– 763
Arbeitslose insgesamt 2019	Anzahl	37
Arbeitslose Frauen 2019	Anzahl	16
Umwelt		
Stickoxid (NO _x)-Emissionen des Straßenverkehrs 2018 ⁴⁾	Tonnen	5,7
Jahresfahrleistungen 2018	Mill. km	10,5
Tourismus		
Betriebe/Campingplätze mit mind. 10 Schlafgelegenheiten/Stellplätzen 2019 ⁵⁾	Anzahl	6
Schlafgelegenheiten insgesamt 2019 ⁵⁾	Anzahl	113
Ankünfte insgesamt 2019	Anzahl	6 983
Übernachtungen von Gästen insgesamt 2019	Anzahl	14 263
Übernachtungen von Gästen mit Wohnsitz im Ausland 2019	Anzahl	2 051
Gemeindefinanzen		
Steuerkraftmesszahl 2018	1 000 EUR	3 703
Steuerkraftsumme 2018	1 000 EUR	4 271
Schuldenstand 2018	1 000 EUR	–
Gewerbesteuerhebesatz 2018	%	340
Verkehr		
Kraftfahrzeugbestand 2019	Anzahl	2 600
Straßenverkehrsunfälle 2019 ⁶⁾	Anzahl	9
Verunglückte Personen 2019	Anzahl	6

... und im Vergleich

	Einheit	Gemeinde	Landkreis	Land
Fläche				
Siedlungs- und Verkehrsfläche 2018	%	13	12	15
Fläche für Wald 2018	%	55	47	38
Fläche für Landwirtschaft 2018	%	29	38	45
Bevölkerung				
Bevölkerungsdichte 2018	Einw/km ²	295	232	310
Anteil der ausländischen Bevölkerung 2018	%	8	12	16
Durchschnittsalter 2018	Jahre	44,1	44,1	43,5
Durchschnittsalter 2035	Jahre	47,4	46,2	45,6
Europawahl 2019				
Wahlbeteiligung	%	74,9	60,9	64,0
Stimmenanteil der Parteien:				
CDU	%	36,0	34,4	30,8
GRÜNE	%	27,9	22,7	23,3
SPD	%	11,1	13,0	13,3
AfD	%	8,3	10,0	10,0
FDP	%	5,6	5,4	6,8
DIE LINKE	%	1,9	2,3	3,1
Sonstige	%	9,2	12,1	12,7
Wohnen				
Anteil Einfamilienhäuser an Wohngebäuden 2018	%	57	57	61
Wohnfläche je Einwohner 2018	m ²	50	48	46
Bildung²⁾				
Übergänge auf Werkreal-/Hauptschulen 2019/2020	%	.	12	6
Übergänge auf Realschulen 2019/2020	%	.	38	35
Übergänge auf Gymnasien 2019/2020	%	.	37	43
Übergänge auf Gemeinschaftsschulen 2019/2020	%	.	11	13
Beschäftigung und Arbeitsmarkt⁷⁾				
Beschäftigte im Alter von unter 30 Jahren 2019	%	23	22	22
Beschäftigte im Alter von 30 bis unter 50 Jahren 2019	%	45	42	44
Beschäftigte im Alter von 50 Jahren und älter 2019	%	32	36	34
Tourismus				
Durchschnittliche Auslastung der Schlafgelegenheiten 2019	%	35	39	40
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer 2019	Tage	2,0	2,1	2,5
Gemeindefinanzen				
Steuereinnahmen je Einwohner 2018 ⁸⁾	EUR	1 431	1 412	1 488
Schuldenstand je Einwohner 2018	EUR	–	1 057	1 022
Wasserwirtschaft				
Trinkwasserverbrauch je Einwohner 2016	Liter/Tag	112	115	119
Trinkwasserpreis 2019	EUR/m ³	1,67	2,06	2,20
Verkehr				
Pkw je 1 000 Einwohner 2019	Anzahl	620	624	599

FRANKREICH

Ortenaukreis

Baden-Baden

LKR Rastatt

LKR Freudenstadt

LKR Rottweil

LKR Emmendingen

Legende:

- Gemeinde
- Stadt-/Landkreis
- Autobahn
- Hauptstraße
- Nebenstraße
- Verbindungsstraße
- Eisenbahn
- Siedlungsfläche
- Industriegebiet
- Wald
- Höhenschichten

88-SK-20-317
© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH
Karte erstellt mit RegioGraph 2019

Fläche

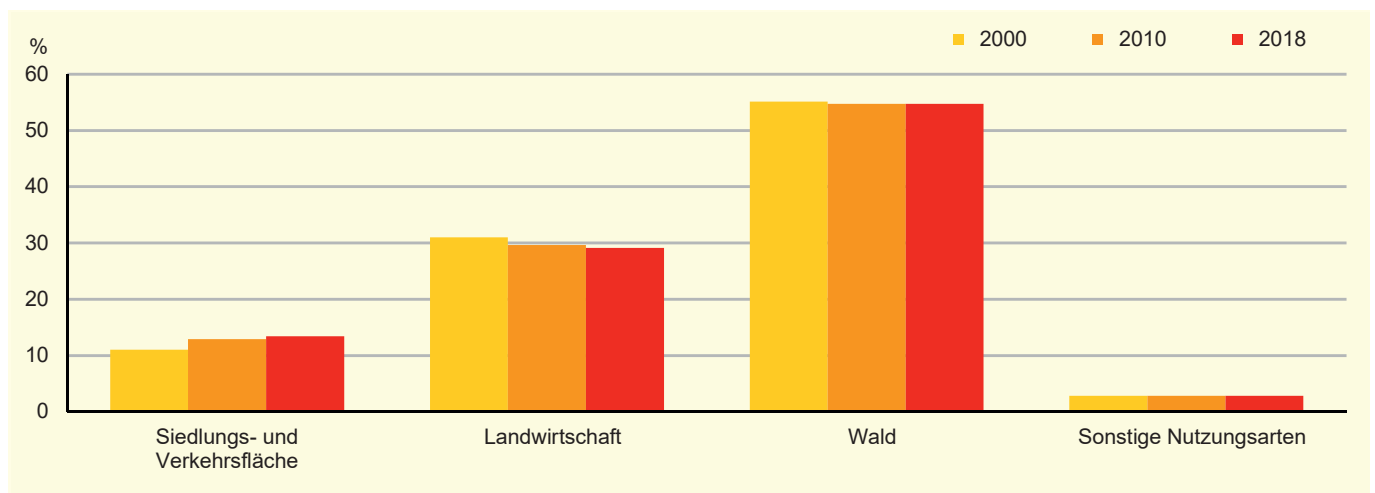
Die Landesfläche von Baden-Württemberg umfasst 35 748 km². Gut 45 % davon nimmt die Fläche für Landwirtschaft ein, knapp 38 % sind bewaldet. Der Anteil der **Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV)** beträgt rund 15 %. Für das Jahr 2018 ergibt sich rein rechnerisch ein **täglicher Flächenverbrauch** für Siedlungs- und Verkehrsflächen von 4,5 ha. In einer längerfristigen Betrachtung zeigt sich eine weiter abnehmende Tendenz. So lag die tägliche Flächeninanspruchnahme vor 10 Jahren noch bei rund 8 ha, während der Durchschnittswert über die letzten 5 Jahre rund 5,3 ha beträgt. „Flächenverbrauch“ ist nicht mit „Versiegelung“ – also dem teilweisen oder vollständigen Abdichten offener Böden – gleichzusetzen. Der Schwerpunkt der Flächenumwidmung lag vorrangig bei der Siedlung (+ 0,5 %) und weniger beim Verkehr (+ 0,1 %). Der größte Zuwachs innerhalb der Siedlung war bei der **Wohnbaufläche** zu verzeichnen – sie dehnte sich um 1 300 ha oder 0,8 % aus.

Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Bodenfläche insgesamt differiert bei regionaler Betrachtung deutlich. So lagen in den eher ländlich geprägten Landkreisen die Anteile bei rund 10 %, während in den verdichteten Gebieten deutlich höhere Anteile zwischen 20 % und 25 % zu verzeichnen sind. In den Stadtkreisen liegt der Anteil der SuV zwischen 30,4 % (Heidelberg) und 58,2 % (Mannheim). Eine Sonderstellung unter den Stadtkreisen kommt dabei Baden-Baden (14,8 %) zu.

Siedlungs- und Verkehrsfläche*)

Nutzungsart	Gemeinde				Im Vergleich zum Land	
	2000		2018		2018	
	ha	%	ha	%	ha	%
Bodenfläche insgesamt	1 114	100	1 114	100	3 574 822	100
Siedlungs- und Verkehrsfläche	123	11,0	150	13,4	521 952	14,6
darunter						
Wohnbaufläche	53	43,1	72	48,2	154 774	29,7
Industrie- und Gewerbefläche	11	9,0	22	14,5	73 291	14,0
Sport-, Freizeit- und Erholungsfläche	3	2,0	6	4,3	37 694	7,2
Friedhof	1	0,4	1	0,9	3 693	0,7
Verkehr	37	30,1	40	26,4	198 476	38,0

Flächennutzung*) in der Gemeinde



Bevölkerung

Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner Baden-Württembergs hat sich im Jahr 2018 um etwa 46 100 auf 11 069 500 Personen erhöht. Allerdings war der Zuwachs deutlich geringer als in den Jahren zuvor: 2017 nahm die Einwohnerzahl noch um 71 500, 2016 um 72 300 und im Jahr 2015 sogar um 163 000 zu.

Der Anstieg der Einwohnerzahl im Jahr 2018 war ausschließlich auf Wanderungsgewinne zurückzuführen: Die Zahl der Zuzüge lag um rund 48 300 höher als die der Fortzüge. Dagegen war der Geburtensaldo, also die Differenz zwischen Geborenen und Gestorbenen, negativ – 2 200). Die Zahl der Geborenen war zwar mit 108 900 so hoch wie seit 1998 nicht mehr, gleichzeitig hatte aber auch die Zahl der Gestorbenen einen Höchststand seit Bestehen des Landes erreicht (111 100).

Die **Bevölkerung** Baden-Württembergs wird immer älter: Während der Anteil der Jüngeren (unter 20 Jahre) noch im Jahr 1980 annähernd doppelt so hoch wie der der Älteren (65 Jahre und mehr) lag, waren Ende 2018 die Älteren zahlenmäßig bereits etwas stärker vertreten. Landesweit den höchsten Anteil älterer Menschen hatte die Gemeinde Untermarchtal im Alb-Donau-Kreis (34 %). Dagegen war Breitnau im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald die Gemeinde mit dem höchsten Anteil jüngerer Menschen (27 %).

Bevölkerungsentwicklung seit 1871 in der Gemeinde

Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einwohner je km ²	Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einwohner je km ²
		männlich	weiblich				männlich	weiblich	
	Anzahl	%		Anzahl		Anzahl	%		Anzahl
1871	1 088	46	54	98	1990	2 558	49	51	230
1890	954	48	52	86	1994	2 651	50	50	238
1900	1 034	49	51	93	1998	2 866	51	49	257
1910	1 131	48	52	102	2002	3 031	50	50	272
1925	1 232	49	51	111	2006	3 203	50	50	287
1933	1 219	49	51	109	2010	3 231	50	50	290
1939	1 253	47	53	112	2014	3 187	50	50	286
1950	1 456	46	54	131	2015	3 196	50	50	287
1961	1 737	47	53	156	2016	3 182	50	50	286
1970	2 100	48	52	189	2017	3 246	50	50	291
1987	2 335	49	51	210	2018	3 284	50	50	295

Geburten, Sterbefälle, Zu- und Fortzüge in der Gemeinde

Jahr	Natürliche Bevölkerungsbewegung					Wanderungen				Bevölkerungs- zu- (+) bzw. -abnahme (-) ¹⁾			
	Lebend- geborene	Ge- storbene	Geburtenüberschuss (+) bzw. -defizit (-)			Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo					
			insgesamt	je 1 000 Einwohner	insgesamt			je 1 000 Einwohner					
									insgesamt	je 1 000 Einwohner			
	Anzahl												
2010	22	18	+	4	+ 1	194	185	+	9	+ 3	+	13	+ 4
2011	20	17	+	3	+ 1	210	205	+	5	+ 2	+	8	+ 2
2012	27	16	+	11	+ 3	187	198	–	11	– 3		0	0
2013	31	18	+	13	+ 4	190	179	+	11	+ 3	+	24	+ 8
2014	23	30	–	7	– 2	169	174	–	5	– 2	–	12	– 4
2015	25	21	+	4	+ 1	220	214	+	6	+ 2	+	10	+ 3
2016	26	26		0	0	220	235	–	15	– 5	–	15	– 5
2017	35	21	+	14	+ 4	233	183	+	50	+ 16	+	64	+ 20
2018	27	26	+	1	0	214	176	+	38	+ 12	+	39	+ 12

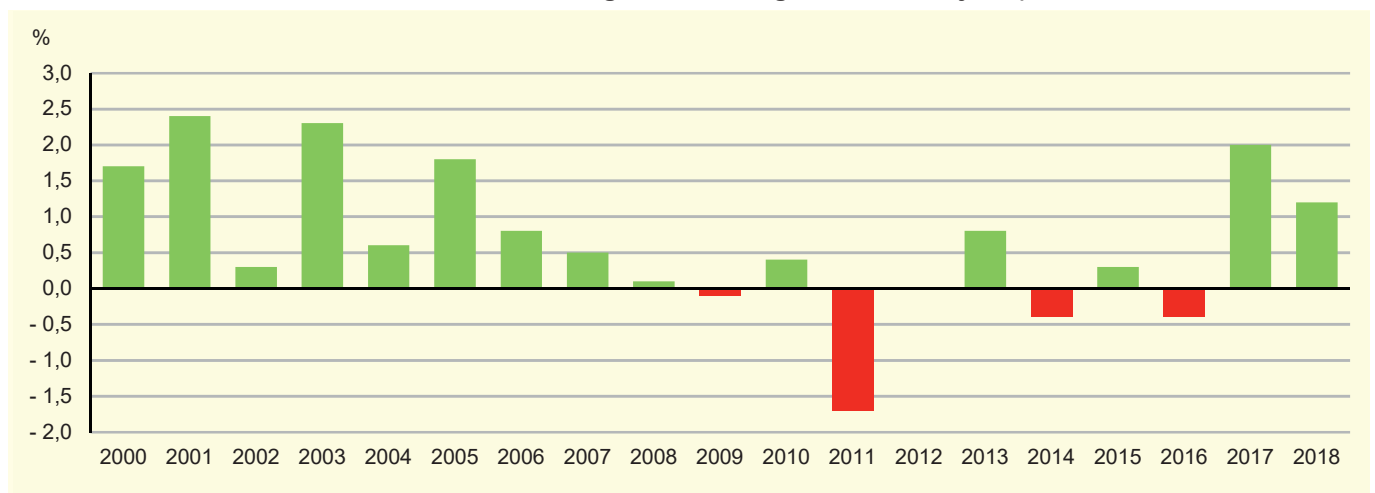


Bevölkerungsstruktur 2018 in der Gemeinde

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich		
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			
unter 3	98	3	59	4	39	2	3	3	3
3 – 6	88	3	44	3	44	3	3	3	3
6 – 15	273	8	131	8	142	9	8	8	8
15 – 18	111	3	64	4	47	3	3	3	3
18 – 25	274	8	136	8	138	8	8	9	8
25 – 40	525	16	275	17	250	15	20	20	19
40 – 65	1 252	38	630	38	622	38	35	35	35
65 – 75	334	10	155	9	179	11	9	9	10
75 und mehr	329	10	144	9	185	11	11	9	13
Insgesamt	3 284	100	1 638	100	1 646	100	100	100	100
Durchschnittsalter in Jahren									
	44,1		43,2		45,0		43,5	42,2	44,8

Bevölkerungsstruktur 2008 in der Gemeinde

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich		
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			
unter 3	86	3	45	3	41	3	3	3	2
3 – 6	89	3	46	3	43	3	3	3	3
6 – 15	347	11	187	12	160	10	9	10	9
15 – 18	113	4	62	4	51	3	3	4	3
18 – 25	249	8	133	8	116	7	8	9	8
25 – 40	514	16	253	16	261	16	19	19	19
40 – 65	1 252	39	628	39	624	39	35	36	34
65 – 75	325	10	161	10	164	10	11	11	11
75 und mehr	247	8	104	6	143	9	8	6	10
Insgesamt	3 222	100	1 619	100	1 603	100	100	100	100
Durchschnittsalter in Jahren									
	41,8		40,7		43,0		42,2	41,0	43,5

Prozentuale Zu- bzw. Abnahme der Bevölkerungszahl im Vergleich zum Vorjahr*) in der Gemeinde

Ausländische Bevölkerung

Seit dem Jahr 2015 war die Bevölkerungsentwicklung durch den Zustrom von Schutzsuchenden bestimmt. Dies hat dazu geführt, dass im Jahr 2018 ein Höchststand bei den ausländischen Staatsangehörigen erreicht wurde: Zuletzt lebten in Baden-Württemberg etwas mehr als 1,7 Mill. mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit. Deren Anteil an der Gesamtbevölkerung lag damit Ende 2018 bei 15,5 %.

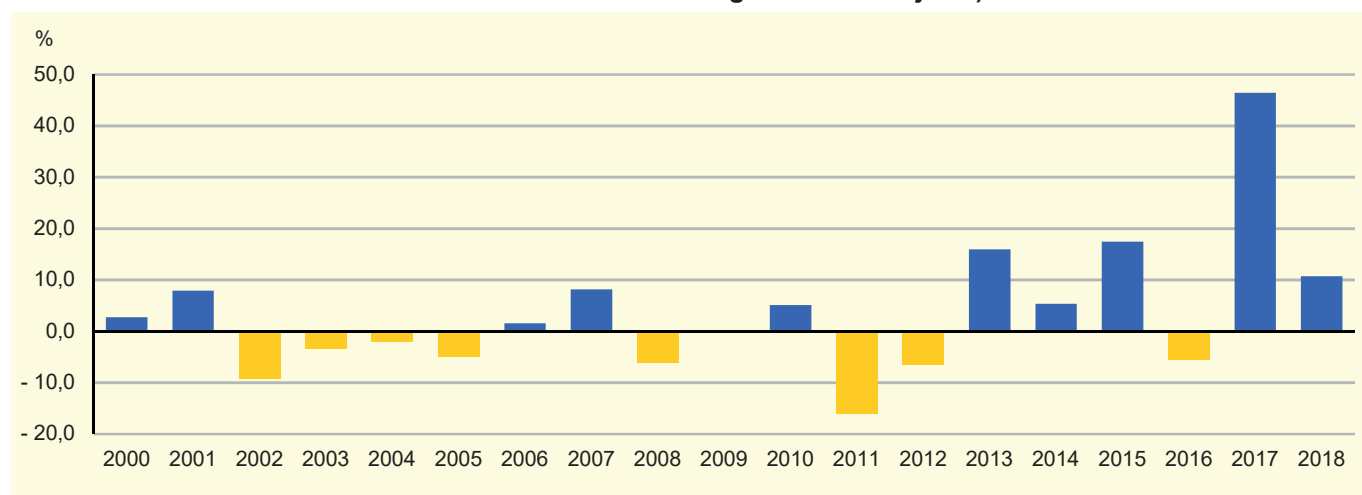
Die ausländischen Frauen und Männer in Baden-Württemberg waren im Jahr 2018 im Durchschnitt 39 Jahre alt und damit wesentlich jünger als die deutsche Bevölkerung mit rund 44 Jahren. Allerdings sind auch die ausländischen Staatsangehörigen in den vergangenen Jahrzehnten „gealtert“. So lag ihr Durchschnittsalter im Jahr 1970 noch bei lediglich 28 Jahren und damit sogar um rund 8 Jahre niedriger als das der Deutschen.

Innerhalb des Landes verteilt sich die **ausländische Bevölkerung** sehr ungleichmäßig; es ist vor allem weiterhin ein ausgeprägtes Stadt-Land-Gefälle feststellbar: Am höchsten ist der Anteil an ausländischen Mitbürgern in den Stadtkreisen Pforzheim, Heilbronn und Stuttgart, in denen jede vierte Person keinen deutschen Pass besitzt. Dagegen liegt dieser Anteil in den ländlich geprägten Landkreisen Main-Tauber- und Neckar-Odenwald-Kreis bei lediglich knapp 10 %. Von den 1 101 Gemeinden des Landes wies die Exklave Büsingen mit 36 % den höchsten Wert auf.

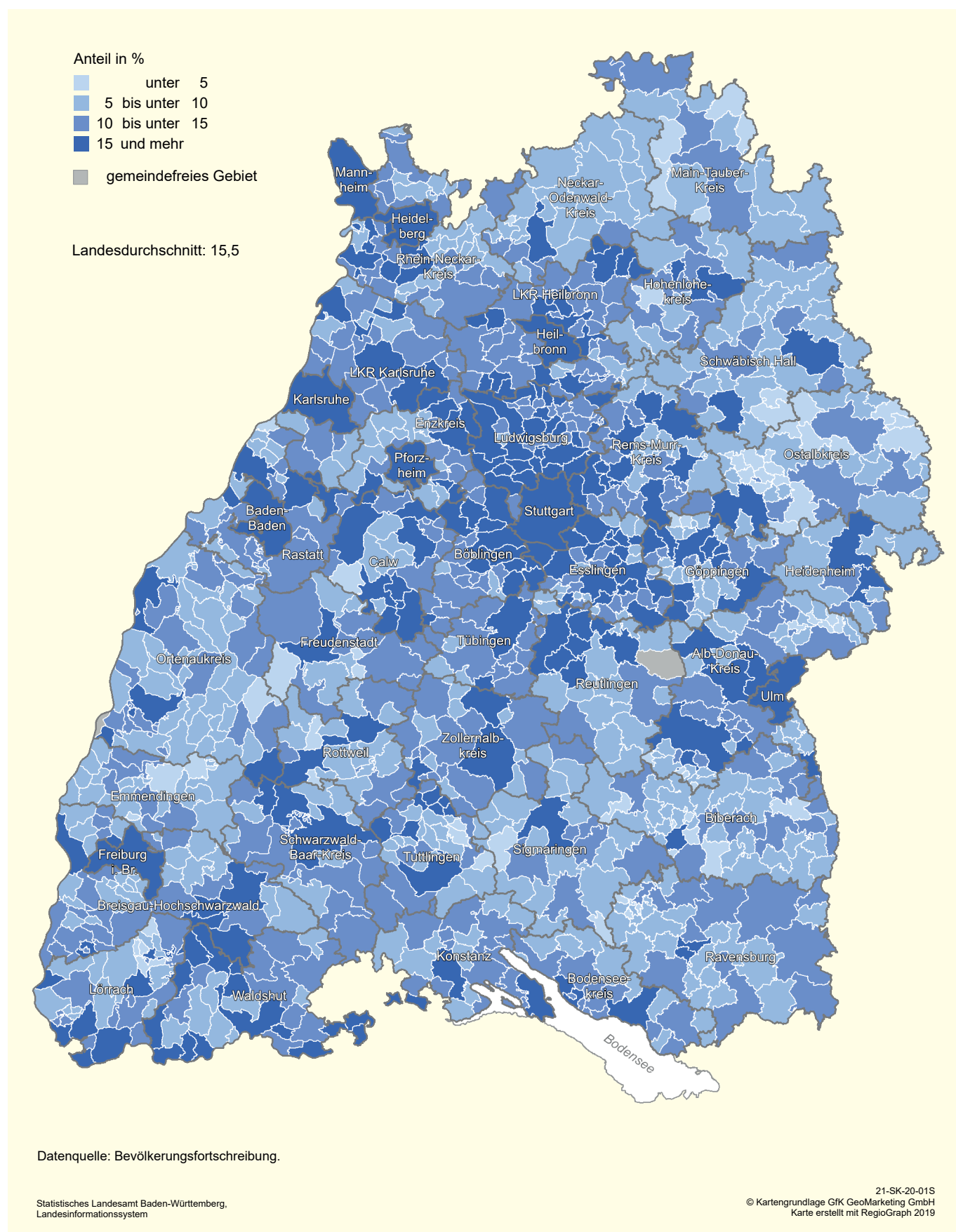
Ausländische Bevölkerungsstruktur 2018 in der Gemeinde

Alter von ... bis unter ... Jahren	Ausländische Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich		
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			
unter 3	8	3	4	3	4	3	3	2	3
3 – 6	8	3	5	4	3	2	2	2	2
6 – 15	26	10	11	9	15	12	6	6	6
15 – 18	10	4	3	2	7	6	2	2	2
18 – 25	25	10	16	13	9	7	11	12	10
25 – 40	68	27	35	28	33	27	31	32	30
40 – 65	78	31	39	31	39	31	35	34	36
65 – 75	17	7	7	6	10	8	7	6	7
75 und mehr	8	3	4	3	4	3	3	3	4
Insgesamt	248	100	124	100	124	100	100	100	100
Durchschnittsalter in Jahren									
	36,0		36,3		35,8		38,5	38,0	39,0

Prozentuale Zu- bzw. Abnahme der Ausländerzahl im Vergleich zum Vorjahr*) in der Gemeinde



Anteil der ausländischen Bevölkerung in den Gemeinden 2018



Bildung

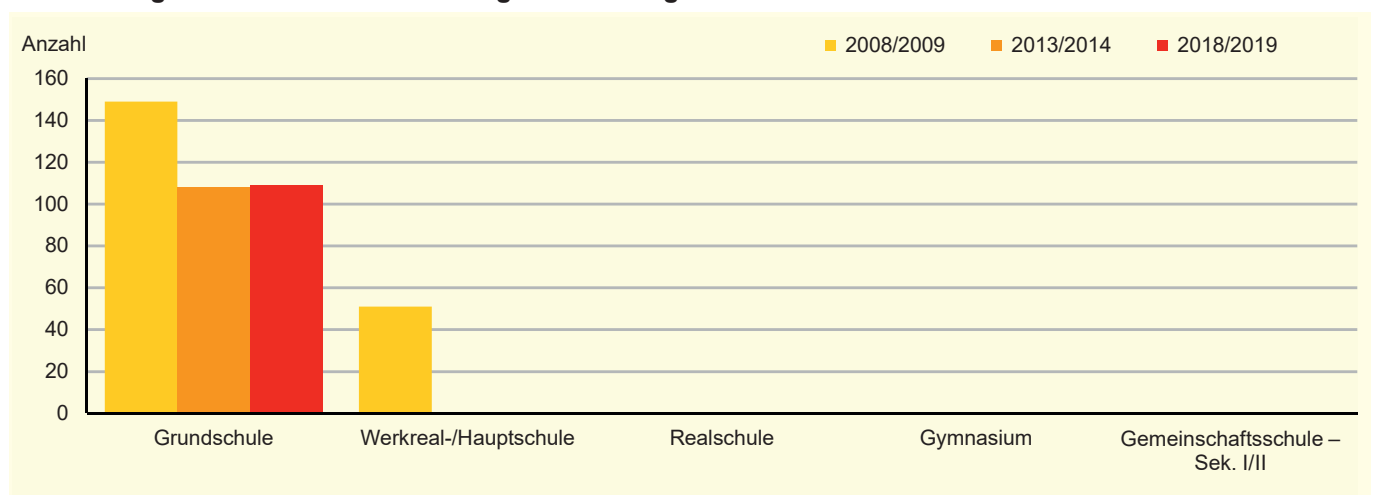
Zum Schuljahr 2018/19 besuchten rund 1,1 Mill. Schülerinnen und Schüler eine der 3 974 allgemeinbildenden Schulen des Landes. Gut 90 % wurden an einer öffentlichen Schule und fast 10 % an einer Schule in freier Trägerschaft unterrichtet. Infolge der geringeren Einschulungszahlen war die Schülerzahl in den vorangegangenen 10 Schuljahren rückläufig. Insgesamt gab es im Schuljahr 2008/09 gut 12 % mehr Schülerinnen und Schüler als im Schuljahr 2018/19. Aufgrund der zuletzt steigenden Einschulungszahlen dürfte sie in den nächsten 10 Jahren auf knapp 1,22 Mill. ansteigen.

Der Rückgang der Schülerzahlen verlief in der letzten Dekade an den einzelnen Schularten nicht gleichmäßig. Während die Grundschulen mit knapp 10 % sowie die Realschulen und Gymnasien mit jeweils gut 13 % Schülerzahlverluste nahe dem Gesamtrückgang im Land aufwiesen, traf es die Werkreal-/Hauptschulen, die knapp zwei Drittel ihrer Schülerschaft verloren, in besonderem Maße. Die unterschiedliche Entwicklung bei den auf der Grundschule aufbauenden Schularten ist unter anderem auf eine geänderte Schullandschaft zurückzuführen. Beispielsweise wurde zum Schuljahr 2012/13 die verbindliche Grundschulempfehlung abgeschafft und die **Gemeinschaftsschule** als neue Schulart eingeführt. Diese neue Schulart zählte im Schuljahr 2018/19 gut 75 600 Schülerinnen und Schüler.

Allgemeinbildende Schulen im Schuljahr 2018/2019 in der Gemeinde

Schularten	Öffentliche und private Schulen insgesamt		Darunter öffentliche Schulen					
			Schüler/-innen zusammen	und zwar		Schüler/-innen je Klasse ²⁾	Zum Vergleich: Schuljahr 2008/2009	
	Schulen ¹⁾	Schüler/-innen		weiblich	ausländisch		Schüler/-innen zusammen	Schüler/-innen je Klasse ²⁾
	Anzahl			%			Anzahl	
Grundschulen ³⁾	1	109	109	47	11	22	149	19
Werkreal-/Hauptschulen	–	–	–	–	–	–	51	17
Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren ⁴⁾	–	–	–	–	–	–	–	–
Realschulen	–	–	–	–	–	–	–	–
Gymnasien	–	–	–	–	–	–	–	–
Gemeinschaftsschulen – Sek. I/II	–	–	–	–	–	–	x	x
Freie Waldorfschulen	–	–	x	x	x	x	x	x
Insgesamt⁵⁾	1	109	109	47	11	22	200	18

Entwicklung der Schülerzahlen an ausgewählten allgemeinbildenden Schulen in der Gemeinde



Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Zur Jahresmitte 2019 waren in Baden-Württemberg rund 4,75 Mill. Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, darunter gut 2,1 Mill. Frauen. Insgesamt waren dies 874 000 (+ 23 %) **sozialversicherungspflichtig Beschäftigte** mehr als 10 Jahre zuvor. 2019 waren gut ein Drittel (1 636 000) aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 50 Jahre oder älter, 2009 betrug ihr Anteil mit fast 992 000 Personen noch 25 %. Während die Zahl der deutschen Beschäftigten in der letzten Dekade um knapp 480 000 bzw. 14 % angestiegen ist, hat sich die Zahl der ausländischen Beschäftigten im gleichen Zeitraum um 395 000 auf 792 000 Personen praktisch verdoppelt.

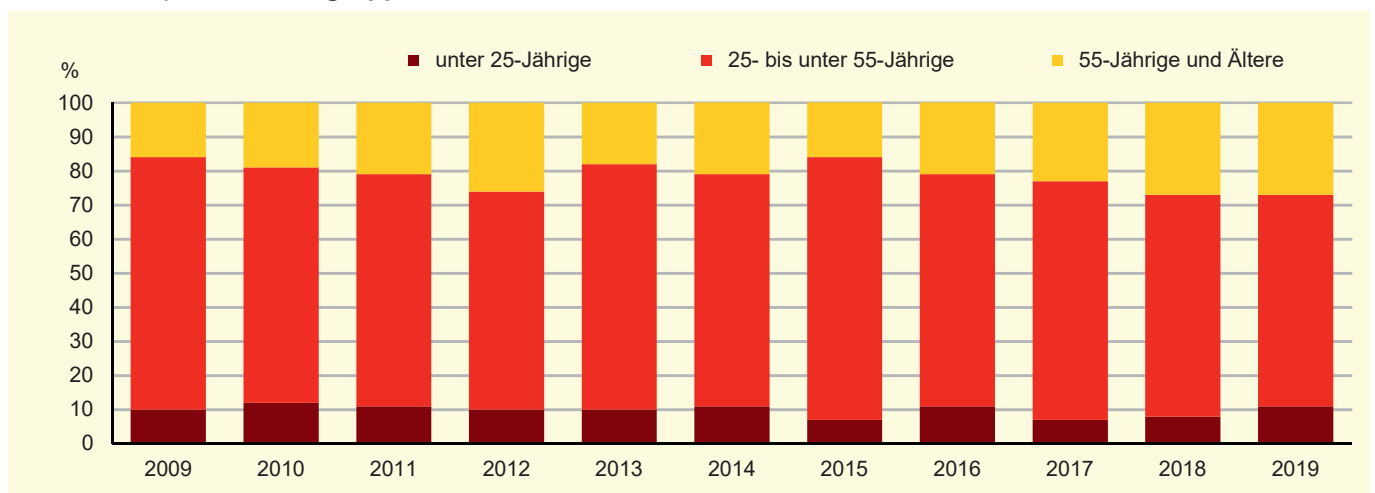
Der wirtschaftliche Strukturwandel hat sich in den letzten 10 Jahren weiter fortgesetzt. Von 2009 auf 2019 erhöhte sich der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Dienstleistungssektor von 61 auf 64 % und beschäftigte rund 3 Mill. Personen (+ 654 000). Gleichzeitig sank der Anteil der Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe von 38 auf 36 %. Dort waren aktuell 1,7 Mill. Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt (+ 216 000).

2019 waren fast 197 000 Menschen im Land ohne Arbeit und damit 87 000 bzw. 31 % weniger als vor 10 Jahren. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zahl der **Arbeitslosen** um rund 2 000 bzw. 1 % verringert. Im Bundesvergleich hatte im Jahr 2019 nur Bayern mit 2,8 % eine geringere Arbeitslosenquote als Baden-Württemberg (3,2 %).

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie Arbeitslose*) in der Gemeinde

Jahr	Beschäftigte		Und zwar ²⁾				Arbeitslose insgesamt	Und zwar		
	insgesamt ¹⁾	je 1 000 Einwohner	Frauen	Produzierendes Gewerbe	Handel, Gastgewerbe, Verkehr	Sonstige Dienstleistungen		Frauen	unter 25 Jahre	55 Jahre und älter
	Anzahl			%			Anzahl		%	
2003	393	129	39	62	12	23	68	47	9	10
2005	407	130	34	62	13	21	73	52	11	16
2007	508	159	33	57	21	17	46	61	7	28
2009	550	171	33	58	18	20	50	36	10	16
2011	604	190	35	54	11	29	38	50	11	21
2013	570	180	27	65	11	16	39	54	10	18
2015	493	155	32	57	10	23	30	50	7	17
2017	605	188	32	53	13	24	44	50	7	23
2019	618	188	28	56	12	21	37	43	11	27

Arbeitslose*) nach Altersgruppen in der Gemeinde



Bauen

In Baden-Württemberg wurden im Jahr 2019 Baugenehmigungen für rund 40 200 Wohnungen in 15 500 neuen Wohngebäuden (einschließlich Wohnheimen) erteilt. Dies entsprach etwa dem Niveau von 2018 (40 600 Wohnungen), war jedoch etwa 9 % weniger als noch im Jahr 2016.

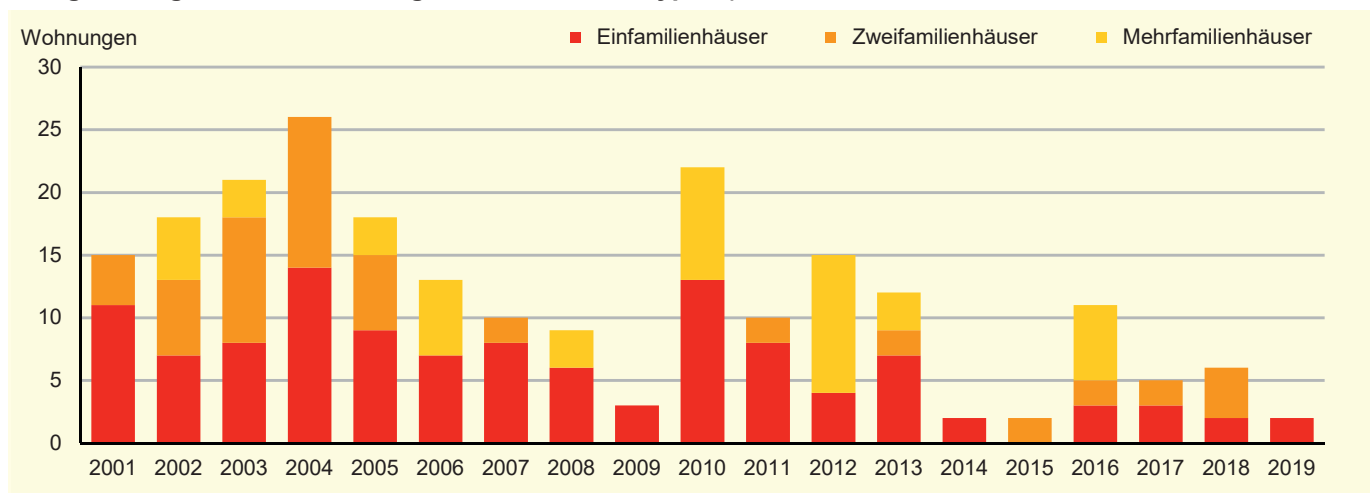
Die Baufertigstellungen von Wohngebäuden in Baden-Württemberg gingen nach einer geringen Zunahme 2018 im Jahr 2019 wieder um – 3,6 % zurück. In 13 700 Wohngebäuden wurden rund 33 700 Wohnungen fertiggestellt. Der Anteil der Einfamilienhäuser (70 %) ist ebenso wie der der Zweifamilienhäuser (13 %) unverändert geblieben. 17 % der Gebäude, die im Jahr 2019 bezugsfertig gestellt wurden, waren Mehrfamilienhäuser mit drei oder mehr Wohnungen. Das war jeweils ein Prozentpunkt mehr als in den Jahren 2018 und 2017. Von den fertiggestellten Neubauwohnungen in Wohngebäuden verantworteten die privaten Bauherren 2019 einen Anteil von 48 %, Unternehmen 45 %, der Rest teilte sich auf die öffentlichen Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck auf.

Insgesamt wurden 2019 rund 3,56 Mill. m² Wohnfläche in neuen Wohnungen in Wohngebäuden bezugsfertig. Dabei betrug die durchschnittliche Wohnfläche in Einfamilienhäusern 161 m² (2018: 160 m²), bei Zweifamilienhäusern lag sie bei 114 m² (2018: 114 m²) und in Mehrfamilienhäusern bei durchschnittlich 85 m² (2018: 85 m²).

Baugenehmigungen und -fertigstellungen neuer Wohngebäude in der Gemeinde

Jahr	Baugenehmigungen		Baufertigstellungen							
	Wohn- gebäude	Wohnungen	Wohn- gebäude	Anteil nach Gebäudetyp			Wohnungen	Wohnfläche nach Gebäudetyp		
				Einfam. häuser	Zweifam. häuser	Mehrfam. Häuser ¹⁾		Einfam. häuser	Zweifam. häuser	Mehrfam. häuser
	Anzahl			%			Anzahl	100 m²		
2011	10	21	9	89	11	–	10	12	2	–
2012	7	8	7	57	–	43	15	5	–	9
2013	4	5	9	78	11	11	12	11	2	3
2014	2	3	2	100	–	–	2	3	–	–
2015	5	11	1	–	100	–	2	–	2	–
2016	6	9	5	60	20	20	11	5	3	5
2017	2	2	4	75	25	–	5	5	2	–
2018	2	2	4	50	50	–	6	3	4	–
2019	5	6	2	100	–	–	2	3	–	–

Fertigstellungen neuer Wohnungen nach Gebäudetypen*) in der Gemeinde



Wohnen

Der Wohnungsbestand in Baden-Württemberg wuchs im Jahr 2018 um 0,7 % bzw. knapp 36 000 auf fast 5,3 Mill. Knapp zwei Drittel entstanden in Einfamilienhäusern. Nahezu 44 % des Zugangs waren Wohnungen mit fünf oder mehr Räumen (einschließlich Küchen), weitere 44 % waren Drei- oder Vierraumwohnungen.

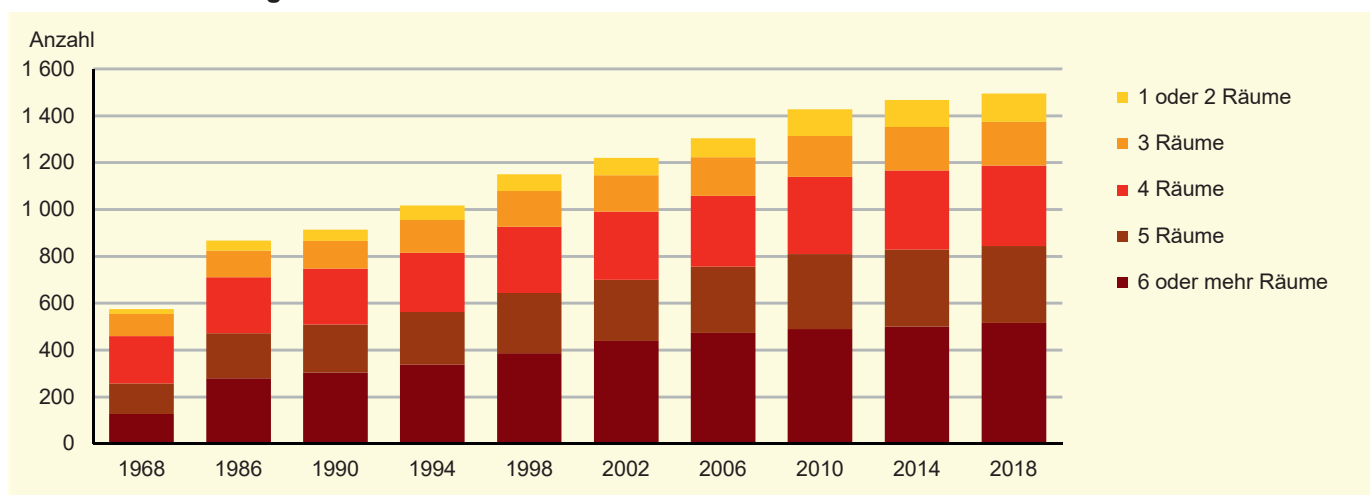
Neu gebaute Wohnungen sind im Durchschnitt deutlich größer als der Wohnungsbestand. So wächst die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung 2018 kontinuierlich und erreichte 96,4 m². 10 Jahre früher waren es noch 4,5 m² weniger. Die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner wuchs im selben Zeitraum allerdings nur um 3,7 m². Jeder Einwohnerin bzw. jedem Einwohner standen 2018 rein rechnerisch 46,1 m² Wohnfläche zur Verfügung.

Ende 2018 gab es landesweit rund 61 % Einfamilienhäuser, 21 % Zweifamilienhäuser und ca. 18 % Mehrfamilienhäuser. In der Regel ist der Anteil an Einfamilienhäusern in den eher ländlich strukturierten Bereichen des Landes höher als in verdichteten Gebieten, was nicht zuletzt auch auf die unterschiedlichen Baulandpreise zurückzuführen ist. Am höchsten ist der Anteil an Einfamilienhäusern in der Gemeinde Weilen unter den Rinnen (Zollernalbkreis) mit knapp 92 %, am niedrigsten in der Stadt Fellbach (Rems-Murr-Kreis) mit etwas über 32 %. Der Anteil in der Landeshauptstadt Stuttgart liegt bei etwa 35 %.

Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen in der Gemeinde

Jahr ¹⁾	Wohn- gebäude insgesamt ²⁾	Davon mit ... Wohnungen						Wohnungen insgesamt ³⁾	Einwohner je 100 Wohnungen	Wohn- fläche je Einwohner
		1		2		3 und mehr				
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl		m ²
1968	361	121	34	97	27	16	4	574	361	21
1986	518	260	50	213	41	45	9	867	275	35
1990	552	282	51	223	40	47	9	913	280	35
1994	593	301	51	230	39	62	10	1 016	261	37
1998	668	349	52	241	36	78	12	1 150	249	40
2002	719	382	53	258	36	79	11	1 220	248	41
2006	774	417	54	274	35	83	11	1 304	246	42
2010	808	461	57	232	29	115	14	1 427	226	48
2014	835	480	57	236	28	119	14	1 467	217	50
2018	849	488	57	239	28	122	14	1 494	220	50

Bestand an Wohnungen nach der Raumzahl in der Gemeinde



Europawahlen

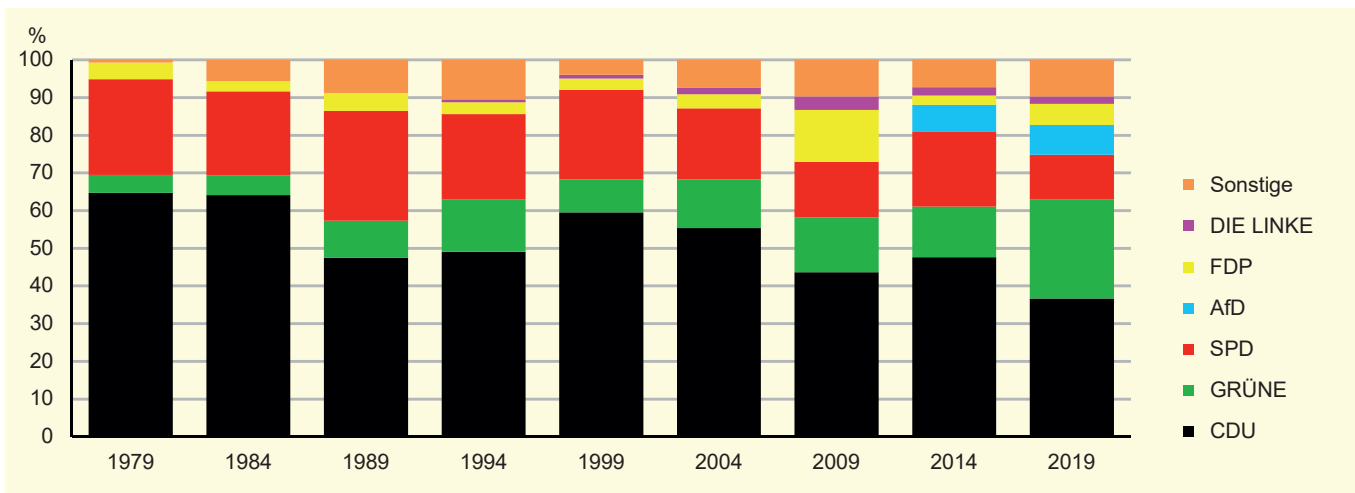
Bei der neunten Direktwahl zum Europäischen Parlament am 26. Mai 2019 in Baden-Württemberg errang die CDU erneut den höchsten Stimmenanteil. Mit 30,8 % erhielten die Christdemokraten allerdings 8,5 Prozentpunkte weniger als bei der vorangegangenen Wahl (2014: 39,3 %). Insgesamt verzeichnete die Partei ihr bisher schwächstes Ergebnis bei Europawahlen in Baden-Württemberg. Den zweithöchsten Stimmenanteil erhielten die GRÜNEN mit 23,3 %, die ihr mit Abstand bestes Ergebnis seit 1979 erzielten und damit die SPD auf den dritten Platz verwiesen. Die Sozialdemokraten mussten deutliche Stimmeneinbußen hinnehmen und kamen in Baden-Württemberg nur noch auf 13,3 % der gültigen Stimmen. Wie die CDU erhielt die SPD damit ihren niedrigsten Stimmenanteil bei einer Europawahl in Baden-Württemberg. Die AfD konnte ihren Stimmenanteil gegenüber der Europawahl 2014 um 2,1 Prozentpunkte verbessern und erreichte in Baden-Württemberg 10,0 %. Die FDP kam im Land auf insgesamt 6,8 % (+ 2,7 Prozentpunkte), DIE LINKE lag mit 3,1 % (– 0,5 Prozentpunkte) deutlich dahinter. Auf die sonstigen Parteien entfielen insgesamt 12,7 % (+ 3,8 Prozentpunkte) der gültigen Stimmen.

Erstmals seit 15 Jahren nahm die Wahlbeteiligung bei einer Europawahl in Baden-Württemberg wieder deutlich zu. Während 2014 die Beteiligungsquote um 0,1 Prozentpunkt angestiegen war, entschieden sich 2019 mit 64,0 % deutlich mehr Personen für die Stimmabgabe (+ 11,9 Prozentpunkte).

Wahlergebnisse im Vergleich in der Gemeinde

Wahl	Briefwahl ¹⁾	Wahlberechtigte	Wähler/-innen	Wahlbeteiligung	Stimmenanteile ²⁾						
					GRÜNE	CDU	AfD	SPD	FDP	DIE LINKE	Sonstige
					% bzw. bei Veränderung Prozentpunkte						
Landtagswahl 2016	mit	2 482	1 918	77,3	36,8	29,7	11,8	9,2	8,4	1,2	2,9
Landtagswahl 2011	mit	2 479	1 743	70,3	28,0	41,0	x	21,5	4,2	2,6	2,7
Veränderung		+ 3	+ 175	+ 7,0	+ 8,8	– 11,3	+ 11,8	– 12,3	+ 4,2	– 1,4	+ 0,2
Bundestagswahl 2017	mit	2 502	2 119	84,7	16,8	40,0	8,8	14,9	11,8	3,6	4,2
Bundestagswahl 2013	mit	2 496	2 000	80,1	12,1	48,2	5,8	18,3	6,0	5,0	4,6
Veränderung		+ 6	+ 119	+ 4,6	+ 4,7	– 8,2	+ 3,0	– 3,4	+ 5,8	– 1,4	– 0,4
Europawahl 2019	mit	2 513	1 882	74,9	27,9	36,0	8,3	11,1	5,6	1,9	9,2
Europawahl 2014	mit	2 503	1 582	63,2	12,9	46,2	7,3	20,6	3,3	2,3	7,3
Veränderung		+ 10	+ 300	+ 11,7	+ 15,0	– 10,2	+ 1,0	– 9,5	+ 2,3	– 0,4	+ 1,9

Stimmenanteile der Parteien*) bei den Europawahlen in der Gemeinde



Gemeinderatswahlen

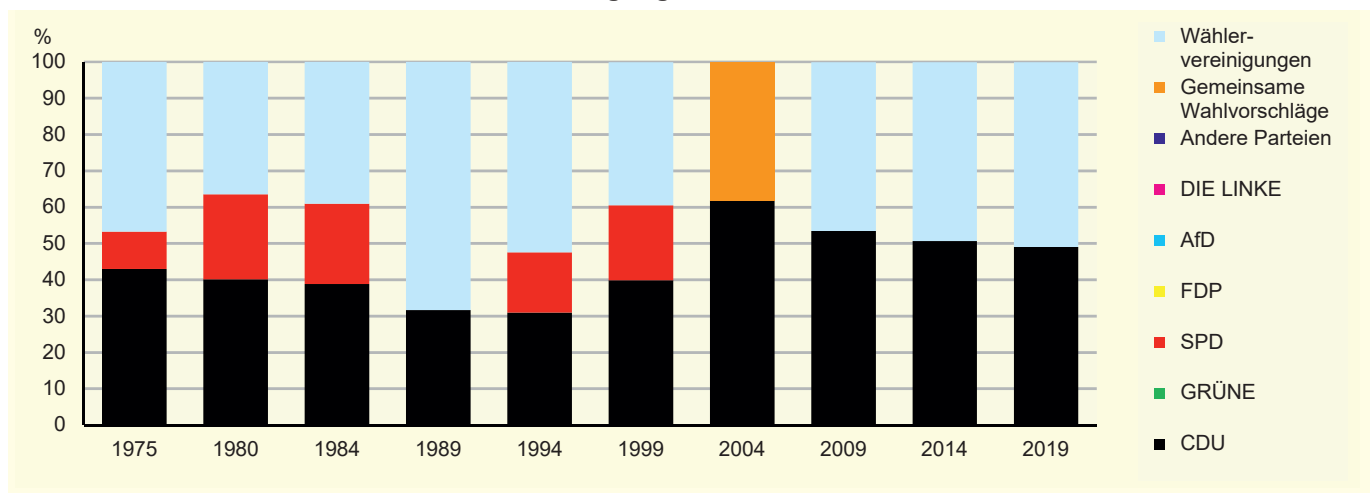
Am 26. Mai 2019 fanden in den 1 101 Städten und Gemeinden Baden-Württembergs Gemeinderatswahlen statt. Nachdem in den letzten 25 Jahren die Wahlbeteiligung stark abgenommen hatte, beteiligten sich 2019 mit 58,7 % wieder deutlich mehr Personen. Insgesamt stieg die Beteiligung damit um 9,6 Prozentpunkte gegenüber 2014.

Traditionell spielen bei Gemeinderatswahlen die Wählervereinigungen eine wichtige Rolle. Sie decken ein breites Spektrum politischer Gruppierungen ab (wie zum Beispiel Freie Wähler, Frauenlisten, grüne und alternative Listen) und konnten erneut die meisten Stimmen für sich verbuchen – auf sie entfielen 39,1 % der **gleichwertigen Stimmen**. An zweiter Stelle folgte die CDU, die 22,9 % der gleichwertigen Stimmen erhielt. Damit verlor die Partei gegenüber 2014 insgesamt 5,0 Prozentpunkte. Die SPD musste ebenfalls Verluste hinnehmen (– 3,0 Prozentpunkte) und kam nur noch auf einen gleichwertigen Stimmenanteil von 13,4 %. Deutlich gewinnen konnten die GRÜNEN, die 2019 um 4,4 Prozentpunkte zulegten und einen Stimmenanteil von 12,9 % erhielten. Auch FDP (+ 1,1 Prozentpunkte), AfD (+ 1,0 Prozentpunkte) und DIE LINKE (+ 0,4 Prozentpunkte) konnten sich gegenüber den Gemeinderatswahlen 2014 verbessern. Diese Parteien kamen insgesamt auf 3,9 % (FDP), 1,9 % (AfD) bzw. 1,4 % (DIE LINKE) der gleichwertigen Stimmen. Auf gemeinsame Wahlvorschläge von Parteien und Wählervereinigungen entfielen 3,6 %.

Wahlergebnisse in der Gemeinde

Wahl	Wahlberechtigte	Wähler	Wahlbeteiligung	Gewählte Gemeinderäte insgesamt	Sitzverteilung bei Verhältniswahl ¹⁾								
					davon								Wählervereinigungen ⁴⁾
					CDU	GRÜNE	SPD	FDP	AfD	DIE LINKE	Andere Parteien ²⁾	Gem. Wahlvorschläge ³⁾	
	Anzahl		% bzw. %-Punkte		Anzahl								
2019	2 647	1 923	72,6	12	6	–	–	–	–	–	–	–	6
2014	2 637	1 633	61,9	12	6	–	–	–	–	–	–	–	6
2009	2 464	1 575	63,9	12	6	–	–	–	–	–	–	–	6
2004	2 321	1 462	63,0	12	8	–	–	–	–	–	–	4	–
Veränderung													
2019 zu 2014	+ 10	+ 290	+ 10,7	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
2014 zu 2009	+ 173	+ 58	– 2,0	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
2009 zu 2004	+ 143	+ 113	+ 0,9	–	– 2	–	–	–	–	–	–	– 4	+ 6

Stimmenanteile der Parteien und Wählervereinigungen bei Verhältniswahl in der Gemeinde



Gemeindefinanzen und Gemeindepersonal

Die **bereinigten Einnahmen** lagen 2018 mit 33,9 Mrd. Euro um 1,9 Mrd. über dem Niveau des Vorjahres (+ 5,8 %). Gegenüber 2017 stiegen die Steuereinnahmen um 4,9 % auf 16,5 Mrd. Euro. Das Aufkommen an Gewerbesteuer netto (nach Abzug der Gewerbesteuerumlage) stieg um 6,3 % und beträgt nun 6,8 Mrd. Euro. Die **bereinigten Ausgaben** der Gemeinden im Land erhöhten sich im Vergleich zu 2017 um 1,8 Mrd. auf 32,4 Mrd. Euro.

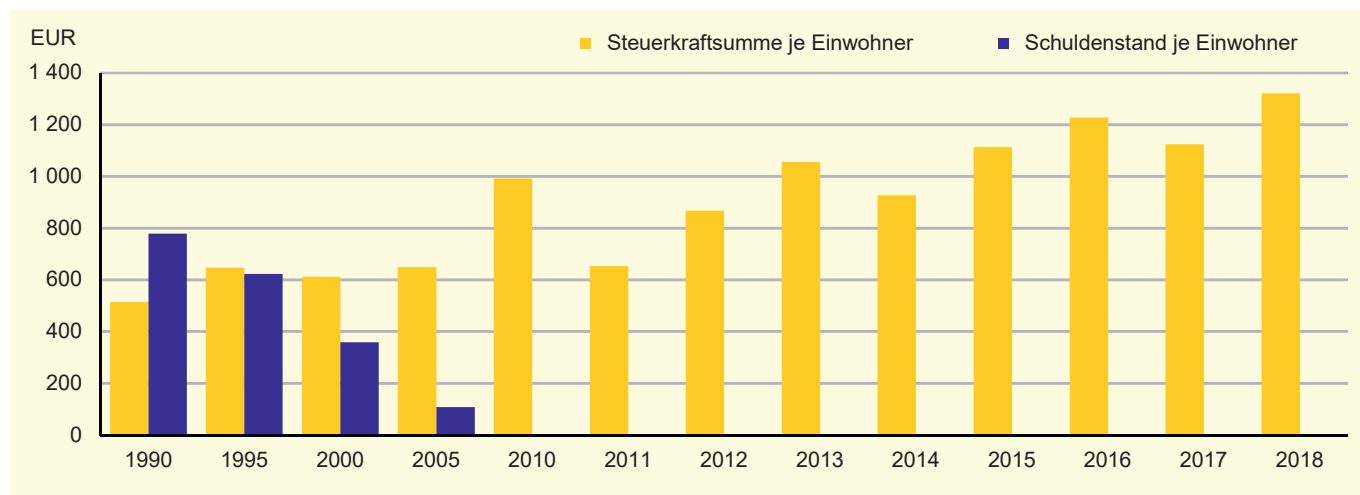
Die **Schulden** der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie deren Eigenbetriebe in Baden-Württemberg betrugen am 31.12.2018 insgesamt rund 12,7 Mrd. Euro, wovon 5,9 Mrd. von den Kernhaushalten und knapp 6,8 Mrd. von den Eigenbetrieben aufgenommen wurden. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der gemeindliche Schuldenstand damit insgesamt um knapp 50 Mill. Euro bzw. 0,4 % reduziert. Die Pro-Kopf-Verschuldung der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der Eigenbetriebe lag landesweit bei 1 151 Euro.

Am 30. Juni 2018 arbeiteten im kommunalen Bereich insgesamt 242 125 Personen, darunter 183 845 Beschäftigte bei den 1 101 Gemeinden. Im Kernhaushalt der Gemeinden waren 162 150 Personen beschäftigt, davon 72 950 Teilzeitkräfte. Die Eigenbetriebe beschäftigten 15 200 Personen. 6 500 Beschäftigte arbeiteten in Krankenhäusern. Der Anteil der Teilzeitkräfte an allen Gemeindebediensteten lag bei knapp 44 %.

Gemeindefinanzen*) und Gemeindepersonal

Jahr	Steuerkraftsumme ¹⁾		Schuldenstand ²⁾		Gewerbesteuer		Personalstand ³⁾	
	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	Vollzeit- äquivalente
	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	Anzahl	
1980	651	288	1 189	521	118	52	20	.
1985	910	401	1 953	857	148	65	35	.
1990	1 257	514	1 955	778	65	26	40	.
1995	1 693	646	1 665	622	159	59	30	.
2000	1 762	611	1 045	358	221	76	30	25
2005	2 026	649	338	108	639	203	25	25
2010	3 198	992	–	–	1 195	372	35	25
2015	3 577	1 112	–	–	1 174	369	40	30
2017	3 585	1 124	–	–	1 732	538	40	30
2018	4 271	1 321	–	–	2 615	802	40	30

Steuerkraftsumme und Schuldenstand der Gemeinde



Lohn und Einkommensteuer

In Baden-Württemberg wurden im Jahr 2016 rund 5,6 Mill. unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtige erfasst. Dabei zählen zusammenveranlagte Ehepaare oder Lebenspartnerschaften als eine steuerpflichtige Person.

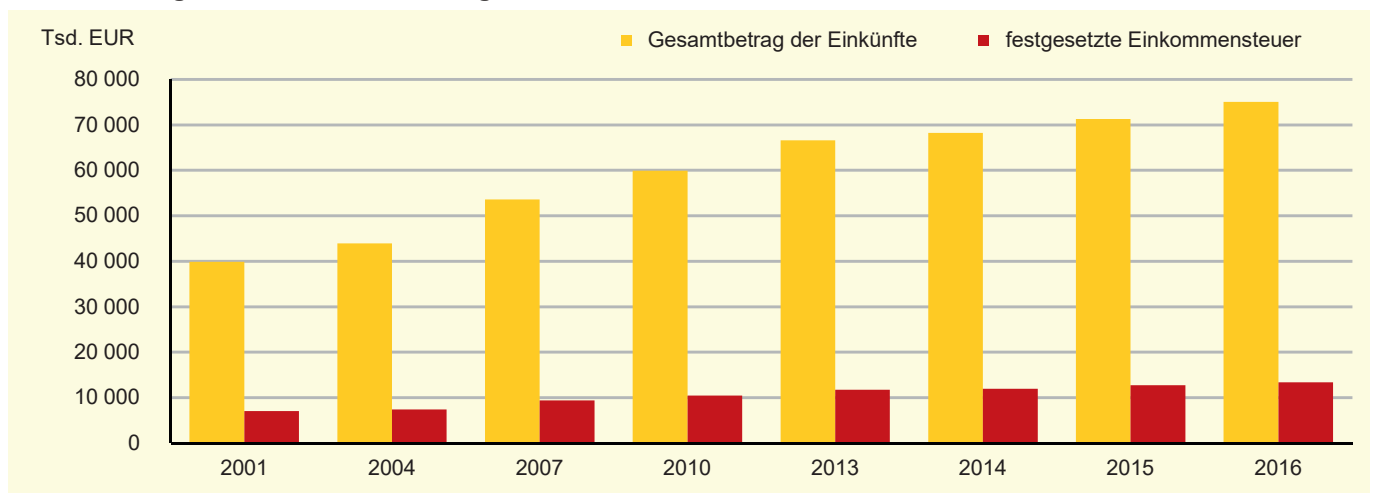
Der **Gesamtbetrag der Einkünfte (GdE)** der Steuerpflichtigen im Land summierte sich auf rund 245 Mrd. Euro, was einer Steigerung um 4,5 % zum Vorjahr entspricht. Der durchschnittliche Gesamtbetrag der Einkünfte betrug 43 415 Euro, der Median lag bei 30 616 Euro. Dieser Wert ist beispielsweise für Gemeinden relevant, die bei der Vergabe von Bauland das **Einheimischenmodell** anwenden. 3 813 Lohn- und Einkommensteuerpflichtige in Baden-Württemberg erzielten jeweils einen Gesamtbetrag der Einkünfte von mindestens 1 Mill. Euro. Damit erhöhte sich die Zahl der „Einkommensmillionärinnen und -millionäre“ gegenüber 2015 um 7,6 % (268 Steuerpflichtige), nachdem sie bereits von 2014 auf 2015 um 8,9 % gestiegen war.

Das zu **versteuernde Einkommen** der Steuerpflichtigen insgesamt lag in Baden-Württemberg bei 205 Mrd. Euro, was einer Erhöhung zum Vorjahr um 4,4 % entspricht. Das durchschnittlich zu versteuernde Einkommen je Steuerpflichtigen betrug somit 37 823 Euro, der Median lag bei 26 668 Euro. Insgesamt ergab sich so für Baden-Württemberg eine Summe von 45 Mrd. Euro als festgesetzte Einkommensteuer und damit 4,4 % mehr als im Vorjahr.

Lohn- und Einkommensteuer in der Gemeinde

Jahr	Unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtige ¹⁾	Gesamtbetrag der Einkünfte			zu versteuerndes Einkommen			festgesetzte Einkommensteuer
		insgesamt	je Steuerpflichtigen ²⁾	Median ³⁾	insgesamt	je Steuerpflichtigen	Median ³⁾	
	Anzahl	1 000 EUR	EUR		1 000 EUR	EUR		1 000 EUR
2001	1 087	39 867	36 676	31 000	33 887	31 290	25 791	7 023
2004	1 377	43 930	31 902	26 029	37 095	26 939	20 992	7 403
2007	1 515	53 597	35 378	26 729	46 730	30 845	23 326	9 373
2010	1 592	59 868	37 605	26 967	50 292	31 591	22 261	10 420
2013	1 655	66 564	40 220	29 948	55 018	35 959	27 625	11 682
2014	1 624	68 185	41 986	31 234	56 856	37 356	27 821	11 936
2015	1 648	71 229	43 222	31 715	59 185	37 459	27 565	12 723
2016	1 644	75 039	45 644	33 948	62 190	39 212	29 437	13 363

Gesamtbetrag der Einkünfte und festgesetzte Einkommensteuer in der Gemeinde



Wasserwirtschaft

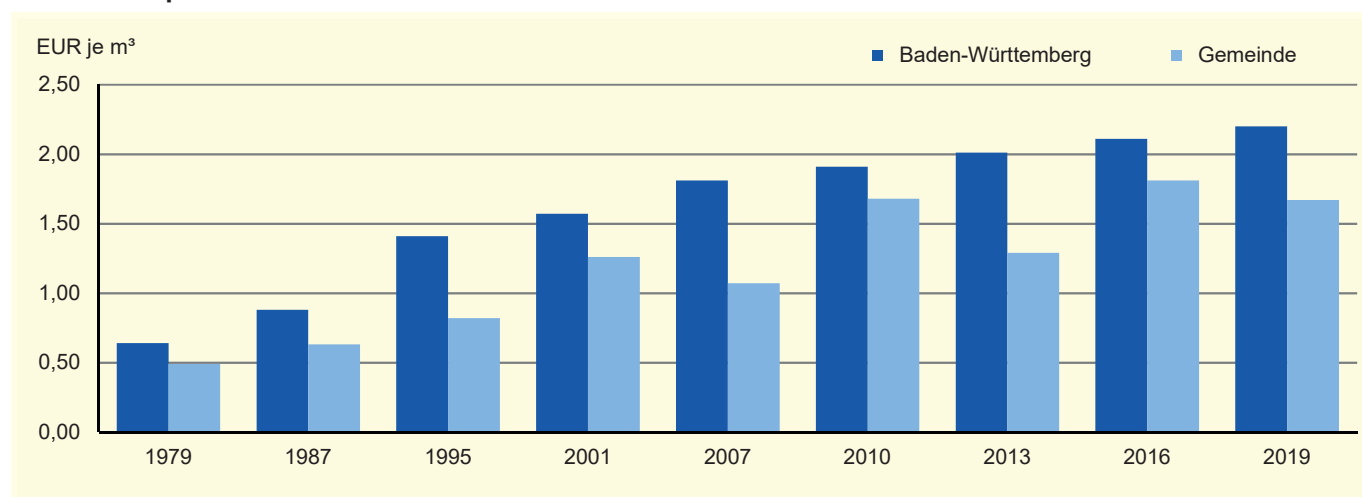
In Baden-Württemberg benötigte jede Einwohnerin bzw. jeder Einwohner im Jahr 2016 durchschnittlich 119 Liter Trinkwasser am Tag. Dagegen lag der Pro-Kopf-Verbrauch 1991 noch bei 140 Liter. Höhere Energie- und Wasserpreise sowie ein gestärktes Umweltbewusstsein haben in den letzten Jahrzehnten die Verbreitung umweltfreundlicher Haushaltstechnik gefördert und das Verbraucherverhalten insgesamt verändert. Das Trinkwasser stammt aus lokalen Wasservorkommen und/oder aus Wasservorkommen jenseits der Gemeindegrenze mit regionaler oder überregionaler Bedeutung. Die Wassergewinnung in wasserreichen Gebieten deckt den örtlichen Wasserbedarf (Wasserabgabe insgesamt) oder übertrifft ihn und trägt dann zur (Verbund-)Versorgung anderer Gemeinden bei.

Der durchschnittliche **Trinkwasserpreis** lag in Baden-Württemberg 2019 bei 2,20 €/m³. Die Einheitsgebühr belief sich auf 3,18 €/m³, die Schmutzwassergebühr bei Gebührensplittung auf 1,94 €/m³ und die Niederschlagswassergebühr auf 0,47 €/m². Seit 2010 stellten fast alle der 1 101 Gemeinden von der Einheitsgebühr auf die gesplittete Abwassergebühr um, die aus der Schmutzwassergebühr für die verbrauchte Trinkwassermenge und der Niederschlagswassergebühr für die an die öffentliche Kanalisation angeschlossene (versiegelte) Grundstücksfläche besteht. Zum Trinkwasserpreis kommt meist ein verbrauchsunabhängiger Grundpreis für die von den Wasserversorgern bereitgehaltene Infrastruktur und die Nutzung des Hauswasserzählers hinzu.

Öffentliche Wasserversorgung und Wasserpreise in der Gemeinde

Jahr	Wasser- gewinnung insgesamt ¹⁾	Wasser- abgabe insgesamt ²⁾	Wasserabgabe an Letztverbraucher ³⁾			Trink- wasser- preis ⁴⁾ am 1.1.	Abwasser am 1.1.			
			zusammen	darunter an Haushalte und Kleingewerbe	täglicher Pro-Kopf- Verbrauch		Einheits- gebühr	Schmutz- wasser- gebühr	Niederschlags- wassergebühr	
	1 000 m³			%	Liter	EUR je m³		EUR je m²		
1979	121	121	121	120	99	144	0,49	0,72	.	.
1987	177	177	110	106	96	127	0,63	1,12	.	.
1995	130	130	107	106	99	111	0,82	2,66	.	.
2001	135	135	117	116	99	107	1,26	2,66	–	–
2007	8	124	124	121	98	105	1,07	1,90	–	–
2010	62	138	124	121	98	105	1,68	2,54	–	–
2013	10	149	123	119	97	106	1,29	–	1,75	0,21
2016	9	139	129	127	98	112	1,81	–	1,51	0,21
2019	...	...	...	...	...	...	1,67	–	1,42	0,22

Trinkwasserpreis in der Gemeinde



Umwelt

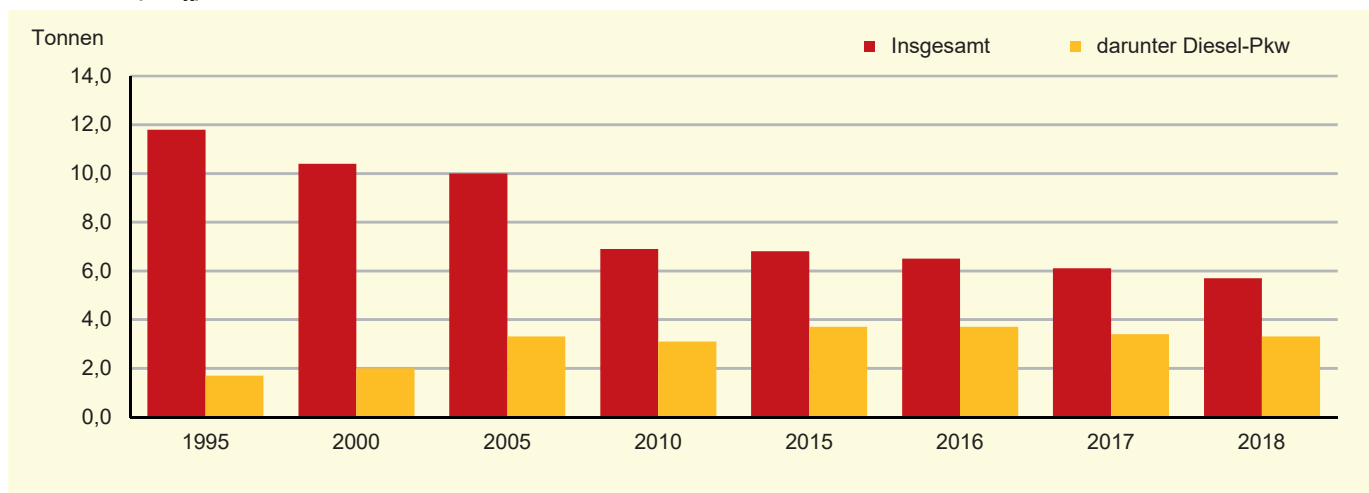
Die mit Kraftfahrzeugen auf den Straßen im Land jährlich zurückgelegten Entfernungen, die sogenannten **Jahresfahrleistungen**, sind 2018 im Vergleich zum Vorjahr wieder etwas stärker auf nun 95,1 Mrd. Kilometer gestiegen. Zum weitaus größten Teil entfällt der Anstieg auf den Güterverkehr, der nun bereits im 3. Jahr in Folge jeweils um 3 % zunahm. Insbesondere die Fahrleistungen der leichten Nutzfahrzeuge verzeichnen seit 2010 die stärksten Zuwachsraten, die jährliche Steigerungsrate liegt hier im Durchschnitt bei 6,7 %. Die Pkw sind zwar nach wie vor die bestimmende Größe des Verkehrsaufkommens in Baden-Württemberg, jedoch sinkt deren Anteil seit 1995 kontinuierlich auf nun 84 %.

Trotz steigendem Trend bei den Jahresfahrleistungen haben die jährlichen **Schadstoffemissionen** durch stetig weiterentwickelte abgasteknische Maßnahmen an den Fahrzeugen mit Otto- und Dieselmotor spürbar abgenommen. So lagen die Stickoxid (NO_x)-Emissionen des Straßenverkehrs 2018 bei 59 700 t, was gegenüber dem Vorjahr einem Rückgang von 7,1 % und im Vergleich zu 1995 einer Halbierung der Emissionen entspricht. An der Gesamtentwicklung haben die Diesel-Pkw einen weiter steigenden Anteil von nun 55 %, während die schweren Nutzfahrzeuge aktuell nur noch 17 % der Stickoxidemissionen verursachen. Vor 10 Jahren waren beide Fahrzeuggruppen noch mit Anteilen von jeweils 36 % an dem durch den Straßenverkehr verursachten Ausstoß an Stickoxiden beteiligt.

Emissionen und Jahresfahrleistungen in der Gemeinde

Jahr ¹⁾	Stickoxid (NO _x)-Emissionen des Straßenverkehrs					Jahresfahrleistungen				
	Ins- gesamt ²⁾	darunter durch				Ins- gesamt ²⁾	darunter durch			
		Diesel-Pkw	Otto-Pkw	Schwere Nutz- fahrzeuge	Leichte Nutz- fahrzeuge		Diesel-Pkw	Otto-Pkw	Schwere Nutz- fahrzeuge	Leichte Nutz- fahrzeuge
	Tonnen					Mill. km				
1995	11,8	1,7	5,7	3,0	0,3	11,2	2,5	7,8	0,3	0,2
2000	10,4	2,0	4,3	2,9	0,3	12,0	2,8	8,2	0,4	0,2
2005	10,0	3,3	3,2	2,3	0,3	12,3	4,0	7,2	0,3	0,3
2010	6,9	3,1	1,8	0,9	0,7	9,3	3,5	4,8	0,2	0,6
2015	6,8	3,7	1,2	0,6	0,9	10,2	4,4	4,6	0,2	0,7
2016	6,5	3,7	1,1	0,6	0,9	10,4	4,5	4,6	0,2	0,8
2017	6,1	3,4	1,0	0,5	0,9	10,4	4,5	4,6	0,2	0,8
2018	5,7	3,3	1,0	0,5	0,8	10,5	4,5	4,6	0,2	0,8

Stickoxid (NO_x)-Emissionen des Straßenverkehrs in der Gemeinde



Verkehr

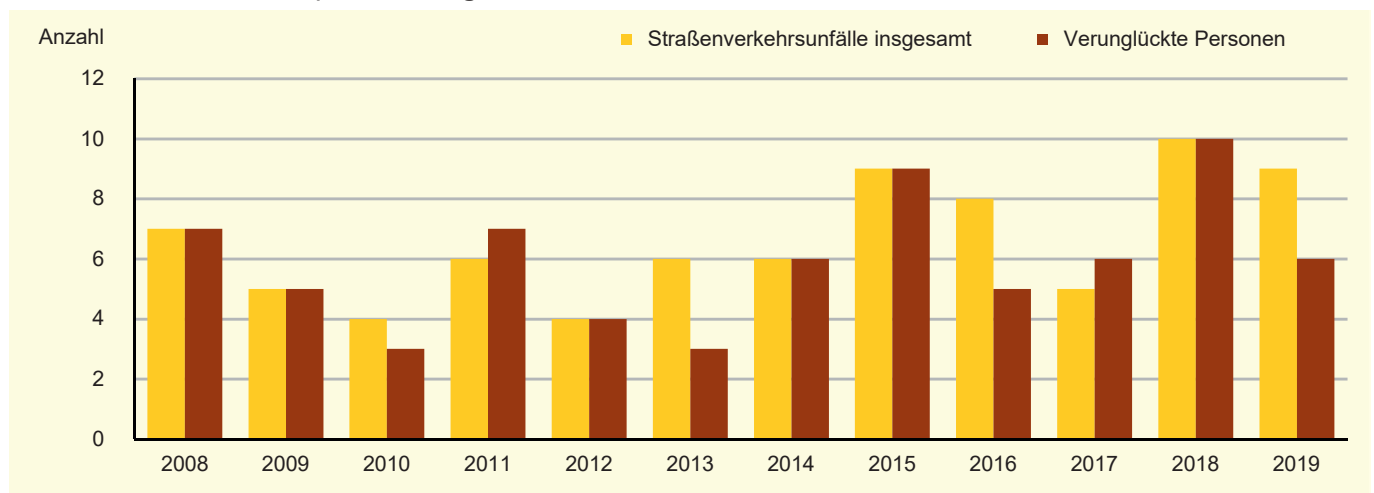
Der Bestand an Kraftfahrzeugen in Baden-Württemberg nimmt weiterhin zu. Insgesamt waren 2019 mehr als 8,1 Mill. Kfz zugelassen, darunter 6,6 Mill. Pkw. Rund 81 % des Pkw-Bestandes ist mittlerweile gemäß den Emissionsgruppen 4 bis 6 schadstoffreduziert, alternative Antriebsarten führen mit einem Anteil von 1,9 % noch eher ein Nischendasein. Der Motorisierungsgrad der Bevölkerung steigt damit ebenfalls weiter an. Kamen 2015 landesweit noch 580 Pkw auf 1 000 Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger, sind es 2019 schon 599. Dabei variiert die Ausstattung der Bevölkerung mit Pkw regional zum Teil erheblich. So beeinflussen beispielsweise die örtliche Konzentration gewerblich zugelassener Fahrzeuge, ein gut ausgebauter öffentlicher Nahverkehr oder auch siedlungsstrukturelle Aspekte die Höhe der Pkw-Dichte maßgeblich. In der Universitätsstadt Heidelberg ist diese mit 377 Pkw je 1 000 Einwohner am niedrigsten, im eher ländlich geprägten Hohenlohekreis mit 732 Pkw je 1 000 Einwohner am höchsten. Deutschlandweit kamen auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner im Durchschnitt 569 Pkw.

Mit rund 47 200 Personen verunglückten 2019 weniger Menschen bei [Straßenverkehrsunfällen](#) als im Jahr zuvor, dabei sank auch die Zahl der getöteten Verkehrsteilnehmenden weiter auf 437 Personen. Die Gesamtzahl der Unfälle nahm gegenüber dem Vorjahr jedoch auf rund 327 900 zu. Ursächlich waren hier die Unfälle, bei denen lediglich leichter Sachschaden entstand.

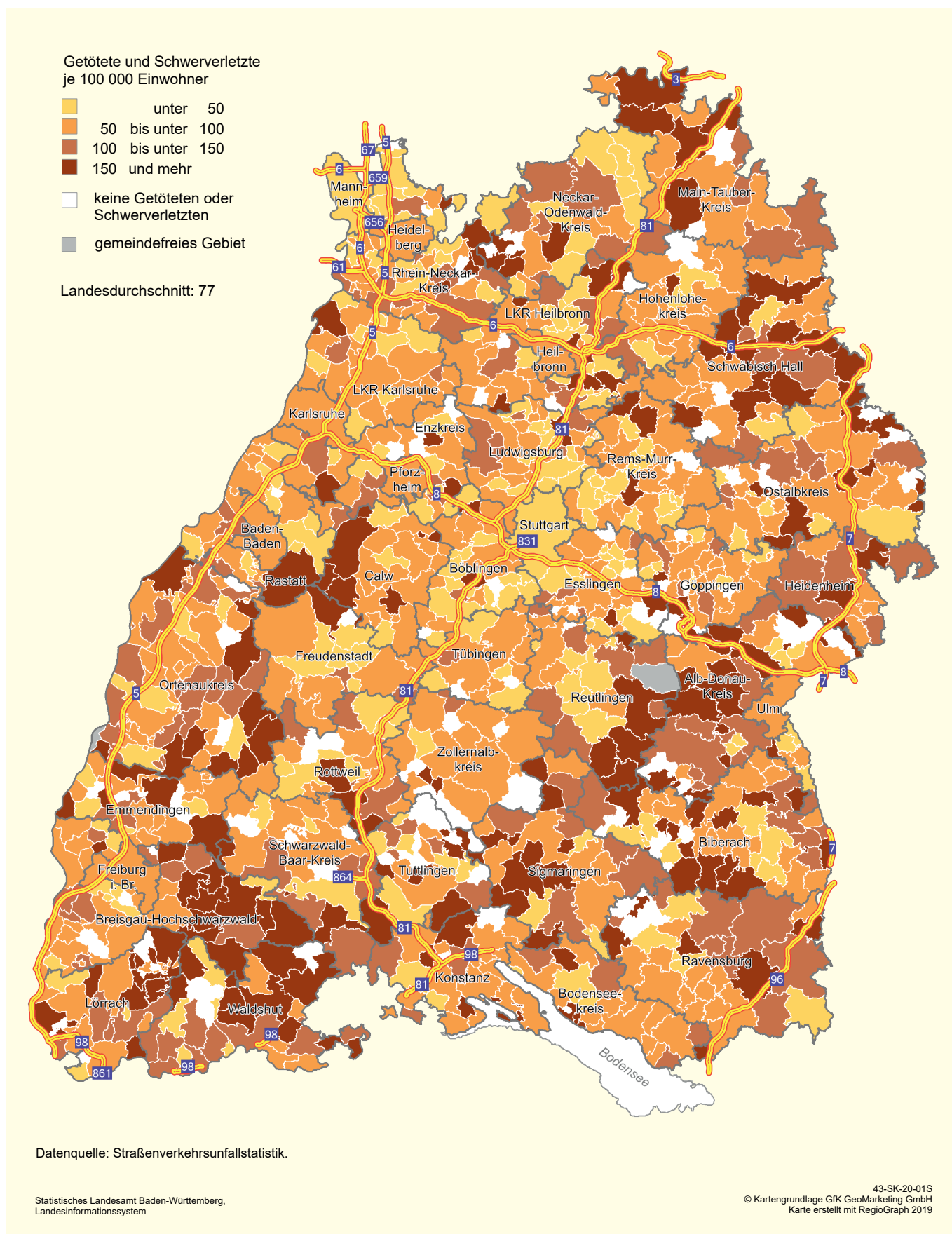
Kraftfahrzeuge und Straßenverkehrsunfälle*) in der Gemeinde

Jahr ¹⁾	Kraftfahrzeugbestand			Pkw je 1 000 Einwohner ⁴⁾	Straßenverkehrsunfälle		Ver- unglückte Personen	Darunter	
	insgesamt ²⁾	darunter			insgesamt	darunter mit Personen- schaden		Getötete	Schwer- verletzte
		Pkw ³⁾	Krafträder						
1991	1 574	1 308	106	513	9	7	7	–	1
1995	1 743	1 405	142	525	9	9	13	–	4
1999	1 921	1 528	181	529	8	7	9	–	2
2003	2 139	1 704	200	562	7	6	8	–	3
2007	2 368	1 912	220	597	9	9	10	–	2
2011	2 293	1 823	229	564	6	6	7	–	1
2015	2 440	1 934	248	607	9	7	9	–	4
2017	2 528	1 995	258	627	5	5	6	–	1
2018	2 549	1 993	277	614	10	9	10	–	–
2019	2 600	2 036	280	620	9	6	6	–	2

Straßenverkehrsunfälle*) und verunglückte Personen in der Gemeinde



Getötete und Schwerverletzte im Straßenverkehr in den Gemeinden 2019



Datenquellen und Fußnoten

Gemeindedaten im Überblick ... und ... im Vergleich

- 1) Siehe unter „Wohnen“, Fußnote 3).
- 2) Die Schülerzahlen werden für den Standort der jeweiligen Schule nachgewiesen.
- 3) Siehe unter „Bildung“, Fußnote 3).
- 4) Siehe unter „Umwelt“, Fußnote 2).
- 5) Stand Juli des Jahres.
- 6) Siehe unter „Verkehr“, Fußnote *).
- 7) Siehe unter „Beschäftigung und Arbeitsmarkt“, Fußnote 1).
- 8) Steuereinnahmen nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Fläche

Datenquelle: Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung.

- *) Die Jahre 2000 und 2010 wurden entsprechend der ALKIS-Nomenklatur rückgerechnet und sind damit vergleichbar.

Bevölkerung

Datenquellen: Bis 1987 Volkszählungen (VZ); danach Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 31.12. – 1990 bis 2010 auf Basis VZ 1987, ab 2011 auf Basis Zensus 2011. Statistiken der Geburten, Sterbefälle und Wanderungen.

- *) Veränderungsrate 2011: einschließlich Zensus-Korrekturen.
1) Ohne bestandsrelevante Korrekturen.

Bildung

Datenquelle: Amtliche Schulstatistik.

- 1) Angegeben wird nicht die Anzahl der organisatorischen Einheiten einer Schulart, sondern die Anzahl der jeweils vorhandenen Schulgliederungen.
- 2) Ohne Berücksichtigung von Schüler/-innen und Klassen in den Jahrgangsstufen 12 und 13 bzw. in den Jahrgangsstufen 1 und 2 (Kursphase) der Gymnasien, Schulen besonderer Art, Abendgymnasien und Kollegs sowie den Schulen für Kranke in längerer Krankenhausbehandlung.
- 3) Einschließlich Grundschulen im Verbund mit einer Gemeinschaftsschule.
- 4) Bis Schuljahr 2014/15 Sonderschulen.
- 5) Einschließlich Schulen besonderer Art (ehemals Gesamtschulen); Schuljahr 2008/2009: einschließlich der schulart-unabhängigen Orientierungsstufe.

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Datenquelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit.

- *) Arbeitslose: Jahresdurchschnitte.
1) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort jeweils zum 30.06. des Jahres.

2) Wirtschaftsgliederung:

1999 bis 2002: Klassifikation der Wirtschaftszweige 1993 (WZ 1993);
2003 bis 2007: Klassifikation der Wirtschaftszweige 2003 (WZ 2003);
ab 2008: Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008).

Durch die Umstellung auf die verschiedenen Wirtschaftssystematiken sind Daten nur innerhalb der Gültigkeit einer Wirtschaftsklassifikation über die Zeit vergleichbar. Auch bei gleichlautenden Bezeichnungen sind die Zuordnungen zwischen den Wirtschaftsklassifikationen zum Teil unterschiedlich.

Bauen

Datenquellen: Statistik der Baugenehmigungen, Statistik der Baufertigstellungen.

- 1) Einschließlich Wohnheime.

- *) Nur Wohnungen in Wohngebäuden, ohne Wohnheime.

Wohnen

Datenquelle: Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes.

- 1) 1968: Stichtagserhebung zum 25.10.; ansonsten jeweils am 31.12. des Jahres;
1986: zurückgerechneter Bestand auf Basis der Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) 1987;
2010: zurückgerechneter Bestand auf Basis der Ergebnisse der GWZ 2011.
- 2) Ab 1986 ohne Wohnheime, ab 2010 einschließlich Wohnheime. Bis 2009 einschließlich Wochenend-/Ferienhäuser mit 50 und mehr m² Wohnfläche.
- 3) Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden. Ab 2010 werden Sonstige Wohneinheiten als Wohnungen gezählt.

Europawahlen

Datenquelle: Wahlstatistik.

- 1) Bei Gemeinden ohne eigene Briefwahl: für die jeweilige Wahl ist hier das Ergebnis ohne Briefwähler nachgewiesen. Die Wahlbeteiligung ist in diesen Fällen wie folgt errechnet: Verhältnis der Wähler ohne Wahlschein zu den Wahlberechtigten ohne Wahlschein.
 - 2) Bei Bundestagswahlen: Zweitstimmenanteile. Die Reihenfolge der Parteien erfolgte entsprechend dem in Baden-Württemberg erreichten Stimmenanteil bei der letzten Landtagswahl.
- *) Die Reihenfolge der Parteien erfolgte entsprechend dem in Baden-Württemberg erreichten Stimmenanteil bei der letzten Europawahl.

Gemeinderatswahlen

Datenquelle: Wahlstatistik.

- 1) Verhältniswahl: mehrere Wahlvorschläge wurden eingereicht; Mehrheitswahl: kein oder nur ein Wahlvorschlag wurde eingereicht. Eine Aufschlüsselung nach Wahlvorschlägen erfolgt dann nicht.
- 2) Andere Parteien und gemeinsame Wahlvorschläge mehrerer Parteien. Gemeinderatswahlen 2004 und 2009: einschließlich Sitze der REP.
- 3) Gemeinsame Wahlvorschläge von Parteien mit Wählervereinigungen.
- 4) Wählervereinigungen: alle politischen Gruppierungen, die nicht Parteien sind. Es handelt sich dabei um Wählergruppierungen unterschiedlicher kommunalpolitischer Richtungen, zum Beispiel die Freien Wähler, grüne Listen, Frauenlisten, linksorientierte Listen, Einzelbewerber.

Gemeindefinanzen und Gemeindepersonal

Datenquellen: Vierteljährliche Kassenstatistik; Schuldenstatistik; Kommunale Jahresrechnung, Personalstandstatistik.

*) Bis 2000: in Euro umgerechnete DM-Werte.

- 1) Steuerkraftsumme je Einwohner: bis 2005 Bevölkerung am 30.06. des Vorjahres, ab 2006 „Maßgebende Einwohnerzahl“.
- 2) Schuldenstand der Kernhaushalte und Eigenbetriebe (ohne Eigenbetriebskrankenhäuser) jeweils zum 31.12. des Jahres, ohne Schulden der rechtlich selbstständigen kommunalen Einrichtungen und Unternehmen. Bis 2009 Kreditmarktschulden, ab 2010 Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich (Kredite, Wertpapiersschulden, Kassenkredite). Schuldenstand je Einwohner: Bevölkerung am 30.06. des Berichtsjahres.
- 3) Im Rahmen der Personalstandstatistik wird die Geheimhaltung durch 5er-Rundung der Zahlen berücksichtigt.

Lohn- und Einkommensteuer

Datenquelle: Lohn- und Einkommensteuerstatistik.

- 1) Veranlagte Steuerpflichtige und nicht veranlagte Arbeitnehmer, soweit für diese Werte in der elektronischen Lohnsteuerbescheinigung enthalten waren.
- 2) Der Gesamtbetrag der Einkünfte je Steuerpflichtigen ist das Maß für die Anwendung des „Einheimischenmodells“ (siehe auch Glossar).
- 3) Der Median (auch Zentralwert genannt) ist der Wert in der Mitte einer der Größe nach geordneten Datenreihe, das heißt mindestens 50 % der Daten sind kleiner oder gleich dem Median und mindestens 50 % der Daten sind größer oder gleich dem Median.

Wasserwirtschaft

Datenquellen: Erhebung der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung; Erhebung der Wasser- und Abwasserentgelte.

- 1) Örtliche und überörtliche (Gruppen- und Fernversorger) Wasserversorgungsunternehmen.
- 2) Wasserabgabe an Letztverbraucher einschließlich Leitungsverluste und Wasserwerkseigenverbrauch.
- 3) Haushalte und Kleingewerbe, öffentliche Einrichtungen und industrielle Abnehmer.
- 4) Einschließlich Mehrwertsteuer.

Umwelt

Datenquellen: Verkehrszählungsergebnisse der Landesstelle für Straßentechnik Baden-Württemberg; Eigene Berechnungen lt. Handbuch Emissionsfaktoren des Straßenverkehrs (HBEFA) Version 4.1 2019.

- 1) 1995, 2000, 2005, 2010 und 2015 Ergebnisse aufgrund der allgemeinen Verkehrszählung; andere Jahre Fortschreibung anhand der Ergebnisse für automatische Dauerzählstellen.
- 2) Einschließlich Busse und Krafträder.

Verkehr

Datenquellen: Kraftfahrt-Bundesamt und Straßenverkehrsunfallstatistik.

*) Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden bzw. schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden.

- 1) Stichtag jeweils 01.07.; ab 2001: jeweils 01.01.
- 2) 1995: ohne Busse; ab 2008 nur noch angemeldete Fahrzeuge ohne vorübergehende Stilllegungen.
- 3) Mit der Umsetzung der EU-Richtlinie 1999/37/EG werden ab dem 01.10.2005 auch Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung (Wohnmobile, Krankenwagen, Bestattungswagen und Beschussgeschützte Fahrzeuge) zu den Personenkraftwagen gezählt.
- 4) Pkw je 1 000 Einwohner am 31.12. des Vorjahres.

Glossar (alphabetisch)

Arbeitslose

Arbeitslose sind Personen, die in keinem Beschäftigungsverhältnis stehen oder weniger als 15 Stunden pro Woche arbeiten sowie eine versicherungspflichtige zumutbare Beschäftigung suchen. Dabei ist zudem Voraussetzung, dass sie den Vermittlungsbemühungen zur Verfügung stehen und sich bei einer Agentur für Arbeit oder einem Jobcenter arbeitslos gemeldet haben. Teilnehmer an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik gelten nicht als arbeitslos.

Ausländische Bevölkerung

Zur ausländischen Bevölkerung zählen alle Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes sind, das heißt nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Dazu zählen auch Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Deutsche, die zugleich eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen, zählen nicht zur ausländischen Bevölkerung.

Die Mitglieder der Stationierungsstreitkräfte sowie der diplomatischen und konsularischen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland unterliegen mit ihren Familien nicht den Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes und werden statistisch nicht erfasst.

Bereinigte Ausgaben/Einnahmen

Bereinigte Ausgaben/Einnahmen entsprechen Ausgaben bzw. Einnahmen nach Abzug haushaltstechnischer Verrechnungen sowie der von gleicher Ebene empfangenen Zahlungen. Die bereinigten Ausgaben/Einnahmen sagen aus, welche Ausgaben zur Aufgabenerfüllung erforderlich wären und welche Einnahmen zu deren Deckung bereitstanden. Sie lassen sich exakt nur für die Summe der Gemeinden/Gemeindeverbände bilden.

Bevölkerung

Zur Bevölkerung zählen alle Personen, die in dem betreffenden Gebiet ihren ständigen Wohnsitz haben. Personen mit mehreren Wohnungen, werden der Bevölkerung der Gemeinde zugerechnet, in der sich die Hauptwohnung befindet. Nicht zur Bevölkerung zählen Angehörige der ausländischen Stationierungsstreitkräfte sowie der ausländischen, diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen.

Einheimischenmodell

Das Einheimischenmodell dient der vorrangigen Deckung des Wohnbedarfs der ortsansässigen Bevölkerung. Gemeinden wollen dabei durch eine Baulandpreisregelung sicherstellen, dass einkommensschwächere und weniger begüterte Personen der örtlichen Bevölkerung gegenüber finanzstarken

Zuzüglern einen Vorsprung beim Kauf von Bauland erhalten. Die rechtliche Grundlage findet sich in Deutschland im Baugesetzbuch (vgl. § 11 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 BauGB). Die Handhabung darf aber nicht dazu führen, dass Auswärtige von einer Kaufmöglichkeit völlig ausgeschlossen werden. Im Februar 2017 haben sich die Europäische Kommission, das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und die Bayerische Staatsregierung auf angepasste Kriterien geeinigt: Für das Modell kommen Bewerber in Betracht, deren Vermögen und Einkommen bestimmte Obergrenzen nicht überschreitet; bei der anschließenden Punkteverteilung kann dem Kriterium der „Ortsgebundenheit“ bis zu 50 % Gewichtung beigemessen werden.

Gemeinschaftsschulen

Die Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg vermittelt in einem gemeinsamen Bildungsgang Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe I (Klassenstufen 5 bis 10) eine der Hauptschule, der Realschule oder dem Gymnasium entsprechende Bildung. Sie soll individuelle Lern- und Förderpläne für alle Schülerinnen und Schüler bieten. Die Gemeinschaftsschule versteht sich als inklusive Schule und arbeitet in Lerngruppen. Noten (außer in den Abschlussklassen) müssen nicht gegeben werden. Auch „Sitzenbleiben“ gibt es nicht.

Gesamtbetrag der Einkünfte

Der Gesamtbetrag der Einkünfte errechnet sich aus der Summe der Einkünfte aus den sieben Einkunftsarten (Nichtselbstständige Arbeit, Selbstständige Arbeit, Sonstige Einkünfte, Gewerbebetrieb, Kapitalvermögen, Land- und Forstwirtschaft, Vermietung und Verpachtung) nach Abzug der Werbungskosten/Betriebsausgaben vermindert um den Altersentlastungsbetrag und den Abzug nach § 13 Abs. 3.

Gleichwertige Stimmen

Die Ergebnisse von Kommunalwahlen können nicht unmittelbar miteinander verglichen werden, da die Stimmenzahl, die die Wählerinnen und Wähler zur Verfügung haben, von der Anzahl der zu wählenden Personen abhängig ist. Diese Anzahl orientiert sich an der Einwohnerzahl der Gemeinde bzw. bei Kreistagswahlen an der Einwohnerzahl des Wahlkreises. Um die Ergebnisse der Gemeinderatswahlen bzw. der Kreistagswahlen landesweit vergleichbar zu machen, werden sogenannte „gleichwertige Stimmen“ berechnet. Dazu wird in jeder Gemeinde bzw. in jedem Wahlkreis die Zahl der gültigen Stimmen durch die Zahl der jeweils zu wählenden Kandidatinnen und Kandidaten in der Gemeinde bzw. im Wahlkreis dividiert.

Jahresfahrleistungen

Die Ermittlung der Fahrleistungen je Fahrzeuggruppe auf Autobahnen und sonstigen Außerortsstraßen sowie auf Ortsdurchfahrten (klassifizierten Innerortsstraßen) erfolgt ausgehend von der Straßendatenbank des Landes sowie den Ergebnissen der Straßenverkehrszählungen 1985, 1990, 1995, 2000, 2005, 2010 und 2015. Die Fortschreibung für die Jahre zwischen den ausführlichen Straßenverkehrszählungen erfolgt anhand der laufenden Berechnungen der Fahrleistungen auf Basis der automatischen Zählstellen. Die Werte des Jahres 2010 wurden aufgrund der Umstellung der Erhebungsmethodik bei der ausführlichen Straßenverkehrszählung revidiert.

Letztverbraucher

Letztverbraucher im Sinne der Erhebung sind Haushalte, Kleingewerbe, Industriebetriebe und öffentliche Einrichtungen, mit denen das Wasserversorgungsunternehmen das abgegebene Wasser unmittelbar abrechnet. Die Wasserabgabe von Zweckverbänden an Mitglieder ist keine Abgabe an Letztverbraucher, sondern Abgabe zur Weiterverteilung.

Pendler/Pendlersaldo

Als Pendler werden alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigte bezeichnet, deren betrieblicher Arbeitsplatz nicht mit der Wohnsitzgemeinde übereinstimmt. Nach der Richtung der Pendlerwanderung wird zwischen Auspendlern und Einpendlern unterschieden. Personen, die von der Wohnsitzgemeinde in eine andere Gemeinde zur Arbeit fahren, gelten als Auspendler. Betrachtet man dieselben Pendler dagegen von den Zielgemeinden her, in denen die Arbeitsstätten liegen, so spricht man von Einpendlern.

In der Statistik werden die Pendlerströme nach dem Überschreiten der regionalen Gebietsgrenzen unterschieden. So wird getrennt nach Pendlern über die Gemeinde-, Kreis- und Landesgrenzen. Dabei werden die Pendler innerhalb dieser Grenzen nicht als Pendler ausgewiesen.

Der Pendlersaldo ist die Differenz von Einpendlern zu Auspendlern. Einpendlerüberschüsse weisen auf ein Überangebot an Arbeitsplätzen bezogen auf die ansässige Bevölkerung hin. Umgekehrt charakterisieren Auspendlerüberschüsse ein Defizit an Arbeitsplätzen.

Schadstoffemissionen des Straßenverkehrs

Die Berechnung der Emissionen basiert auf den Fahrleistungen, differenziert nach Fahrzeuggruppen und Straßenkategorien. Die entsprechend den Fahrzeuggruppen und Straßenkategorien gegliederten Fahrleistungswerte werden mit spezifischen Emissionsfaktoren je Fahrzeuggruppe verknüpft. Zusätzlich werden die durch Kaltstarts der Pkw und Lkw unter

3,5 t verursachten Emissionen an Hand der Zahl der Kaltstarts und zugehöriger Kaltstart-Emissionsfaktoren berechnet.

Grundlage für die Ableitung dieser Emissionsfaktoren bietet das „Handbuch Emissionsfaktoren des Straßenverkehrs (HBEFA)“ in der Version 4.1 vom April 2019. Die Emissionsfaktoren wurden rückwirkend ab 1995 neu berechnet.

Schulden

Bis 2009 Schulden am Kreditmarkt: Schulden, die durch Ausgabe von Wertpapieren oder durch Aufnahme von Fremdmitteln bei Kreditinstituten, Versicherungen und Bausparkassen, der Bundesagentur für Arbeit, öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen und sonstigen Sozialversicherungen sowie bei sonstigen inländischen und ausländischen Stellen entstanden sind. Nicht mit einbezogen sind hierbei Kassenverstärkungskredite, die zur Überbrückung vorübergehender Kassenanspannungen aufgenommen werden.

Ab 2010: alle am Stichtag bestehenden In- und Auslandsschulden (einschließlich Kassenkredite), für die Gebietskörperschaften oder öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (FEU) Schuldner sind. Die Schulden werden mit dem Nennbetrag ohne Abzug eines etwaigen Disagios nachgewiesen. Die Zuordnung der Schulden erfolgt in der Schuldenstatistik nach dem Gläubigerprinzip. Es wird unterschieden zwischen Schulden beim nichtöffentlichen und öffentlichen Bereich.

Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV)

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche setzt sich aus den Flächenkategorien des Liegenschaftskatasters „Siedlung“ abzüglich Bergbaubetrieb, Tagebau, Grube, Steinbruch plus „Verkehr“ zusammen.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB)

Zu diesem Personenkreis zählen alle Arbeitnehmer einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Ausschließlich geringfügig entlohnte Personen, die nur wegen der gesetzlichen Neuregelung zum Stichtag 1. April 1999 in den Kreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) gelangt sind, sowie Personen, die als Tätigkeit eine kurzzeitige Beschäftigung im Sinne des § 8 SGB IV ausüben, werden dabei nicht nachgewiesen.

Für die örtliche Abgrenzung betrieblicher Einheiten gilt das Gemeindegebiet. Alle in einer Gemeinde liegenden Niederlassungen desselben Unternehmens können als eine örtliche Betriebseinheit angesehen werden, wenn sie denselben wirtschaftsfachlichen Schwerpunkt besitzen. Die wirtschaftssy-

stematische Zuordnung der Beschäftigten erfolgt nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt der örtlichen Betriebseinheit, die regionale Zuordnung nach dem Arbeitsort. Ausgewiesen werden nicht Beschäftigungsfälle, sondern beschäftigte Personen. Personen mit mehreren sozialversicherungspflichtigen Tätigkeiten werden nur einmal erfasst.

Steuerkraftmesszahl

Die Steuerkraftmesszahl ist eine Komponente für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen. Für die Gemeinden wird diese gebildet aus dem Aufkommen der Grundsteuer A und B sowie der Gewerbesteuer abzüglich der Gewerbesteuerumlage (jeweils umgerechnet auf einen landeseinheitlichen Hebesatz), weiter aus dem Gemeindeanteil an Einkommen- und Umsatzsteuer und den Zuweisungen im Rahmen des Familienleistungsausgleichs. Für alle genannten Werte sind die Aufkommen des zweitvorangegangenen Jahres maßgebend. Legaldefinition in § 6 Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich.

Steuerkraftsumme

Die Steuerkraftsumme stellt die Berechnungsgrundlage für die Kreis- und Finanzausgleichsumlage dar. Für die Gemeinden setzt sich diese zusammen aus der Steuerkraftmesszahl zuzüglich der Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft und den Mehrzuweisungen jeweils des zweitvorangegangenen Jahres. Legaldefinition in § 38 Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich.

Straßenverkehrsunfälle

Als Straßenverkehrsunfälle gelten von der Polizei erfasste Unfälle, bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen und Plätzen Personen getötet, verletzt oder Sachschäden verursacht worden sind. Unfälle mit Personenschaden sind solche, bei denen unabhängig von der Höhe des Sachschadens Personen verletzt oder getötet wurden. Als Beteiligte an einem Unfall werden alle Fahrzeugführer oder Fußgänger erfasst, die selbst – oder deren Fahrzeuge – Schäden erlitten oder hervorgerufen haben. Verunglückte Mitfahrer zählen somit nicht zu den Unfallbeteiligten. Verunglückte werden als Getötete nachgewiesen, wenn sie auf der Stelle getötet oder innerhalb von 30 Tagen nach dem Unfall an den Unfallfolgen gestorben sind und als Schwerverletzte, wenn sie stationär in einem Krankenhaus (mindestens 24 Stunden) behandelt wurden. Andere Verunglückte gelten als leicht verletzt.

Täglicher Flächenverbrauch

Der Flächenverbrauch wird definiert als Saldo von Anfangs- und Endbestand der Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV) einer Periode. Dieser Wert dividiert durch die Periodendauer in Tagen ergibt den täglichen Flächenverbrauch. Der Indikator verdeutlicht Ausmaß und Tempo der Nutzungsänderungen. Dabei ist Flächenverbrauch und Versiegelung (teilweises oder vollständiges Abdichten offener Böden) keinesfalls gleich zu setzen.

Trinkwasserpreis

Preis, der vom Wasserversorger für die Bereitstellung und Lieferung von einem Kubikmeter Trinkwasser (1 000 Liter) erhoben wird. Er enthält 7 % Mehrwertsteuer. Sondertarife mit Mengenrabatten werden nicht erhoben.

Vollzeitäquivalente

Die sogenannten Vollzeitäquivalente ergeben sich aus der Summe der Vollzeitbeschäftigten und der Teilzeitbeschäftigten, gewichtet mit ihrem tatsächlichen Arbeitszeitfaktor. Der Arbeitszeitfaktor gibt hierbei den Umfang der vereinbarten Arbeitszeit, bezogen auf die Arbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten an. Bei Lehrkräften gilt die entsprechende Anzahl von Wochenlehrestunden. Die VZÄ stellen somit die Entwicklung der Beschäftigten unter Bereinigung der Veränderungen im Beschäftigungsumfang dar. Ihre Ermittlung mit Hilfe des Arbeitszeitfaktors ist erst seit 1997 möglich. In den Jahren zuvor wurden sie näherungsweise über die Formel $VZÄ = \text{Vollzeit} + 0,75 \cdot \text{T1-Beschäftigte} + 0,4 \cdot \text{T2-Beschäftigte}$ berechnet, was tendenziell zu einer leichten Überschätzung der Anzahl führte.

Wohnbaufläche

Baulich geprägte Fläche, einschließlich der mit ihr im Zusammenhang stehenden Freiflächen (zum Beispiel Vorgärten, Ziergärten, Hausgärten bis 10 Ar, Zufahrten, Stellplätze), die ausschließlich oder überwiegend dem Wohnen dienen.

Wohnräume

Zu Wohnräumen zählen alle Zimmer (Wohn- und Schlafräume mit sechs und mehr Quadratmeter Wohnfläche) und Küchen. Nicht als Zimmer gelten Nebenräume wie Abstellräume, Speisekammern, Flure, Badezimmer und Toiletten.

Zu versteuerndes Einkommen

Das Einkommen, vermindert um die Kinderfreibeträge (§§ 31, 32 Abs. 6) und den Härteausgleich nach § 46 Abs. 3, ist das zu versteuernde Einkommen; dieses bildet die Bemessungsgrundlage für die tarifliche Einkommensteuer.



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

So erreichen Sie uns

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart

Telefon 0711/641-0 Zentrale
Telefax 0711/641-24 40
poststelle@stala.bwl.de

www.statistik-bw.de

Gerne beraten wir Sie auch persönlich.
Rufen Sie uns an!

Zentraler Auskunftsdienst

Ihre Anlaufstelle für alle aktuellen und historischen
Statistiken für Baden-Württemberg, seine
Regionen, Landkreise und Gemeinden
Telefon 0711/641-28 33, Telefax - 29 73
auskunftsdienst@stala.bwl.de

Bibliothek

Allgemein zugängliche Präsenzbibliothek für
aktuelle und historische baden-württembergische
und deutsche Statistik sowie für baden-württem-
bergische Landeskunde
Telefon 0711/641-21 33, Telefax - 29 73
bibliothek@stala.bwl.de

Pressestelle

Etwa 400 Pressemitteilungen jährlich zu allen
aktuellen Themen
Telefon 0711/641-24 51, Telefax - 29 40
pressestelle@stala.bwl.de

Vertrieb

Bestellungen von Veröffentlichungen
Telefon 0711/641-28 66, Telefax - 13 40 62
vertrieb@stala.bwl.de

Kontaktzeiten

Montag bis Donnerstag 9.00 – 15.30 Uhr,
Freitag 9.00 – 12.00 Uhr



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Böblinger Straße 68 • 70199 Stuttgart • Telefon 0711/641-0 Zentrale • Telefax 0711/641-24 40
poststelle@stala.bwl.de • www.statistik-bw.de